Morgen-Ausgabe
Nr. 35 A 18 50. Jahrg.

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: A 7 Amt Dönhoff 292 bis 297
Telegrammadresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

BERLINER VOLKSBLATT

SONNABEND
21. Januar 1933

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Riesenskandal der Osthilfe

Genosse Heinig hebt den Schleier vom Junkerpanama

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde gestern, Freitag, die Debatte über die Osthilfe weitergeführt und dabei wieder ein Stück vertieft.

Der Landbundführer und nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete von Sybel und der deutschnationale Abgeordnete Kuhnke bemühten sich zu beweisen, daß alles in Ordnung sei,

daß die östliche Landwirtschaft noch nicht genug bekommen habe

und daß bei den bisher festgestellten Mängeln es sich um aufgebauschte Einzelfälle handle.

Abg. Heinig (Soz.)

fragte, ob jetzt noch bestritten werde, daß Herr von Oldenburg-Januschau sich auf dem Wege über die Osthilfesanierung 621 000 M. beschafft hat? In Schwierigkeiten ist dieser Vorkämpfer der verzweifelnden Großlandwirte dadurch gekommen, daß er sich bei den ständig sinkenden Güterpreisen zu einer Ausdehnung seines Besitzes entschloß. Ob es drei oder vier Güter sind, die er jetzt besitzt, ist allerdings noch strittig. Nach dem Zukauf stiegen aber nicht die Güterpreise, sondern sie sind weiter gesunken. Auch Herr von Oldenburg-Januschau meinte, nun seine Schulden nicht zahlen zu können; er wird vom Reich saniert und behält seine Güter!

Diese Art der Entstehung agrarischer Schulden sei keine Seltenheit. Auch der

Herr von Zitzewitz-Kottow

wünscht vom Reiche saniert zu werden, weil er durch den Zukauf eines zweiten Gutsbesitzes sich materiell zu stark engagiert hat. Der Redner fragte weiter, wie es denn nun eigentlich mit der Sanierung von Gutsbesitz der

Frau Hermine von Hohenzollern

stehe. Was sei daran wahr?

Er zählte dann auf, daß der Präsident der Pommerschen Landwirtschaftskammer,

Herr von Flemming-Paatzig,

trotz seiner Sanierung es immer noch fertig gebracht habe, 100 000 M. Kredit zu erhalten, um für seinen Bruder eine Bietungskaution stellen zu können.

Wie stehe es mit dem Fall

Meißner-Zuckers,

der es sich leisten könne, neben seiner sanierten Landwirtschaft Münchener Kinobesitz zu haben.

Wie stehe es mit dem Fall des

Freiherrn von Wolff,

der nach nationalsozialistischer Angabe ein ungewöhnlich hohes Entschuldungsdarlehen erreichen konnte und zugleich Leiter der Landstelle Stettin für die Osthilfe sei?

Wie stehe es mit dem

Regierungsassessor a. D. von Flügge,

dessen Betrieb vom Treuhänder unter großen Verlusten geführt werden müsse, dessen Gläubiger große Zinsrückstände tragen muß, während er zugleich als Rechtsanwalt eines bekannten Industriekonzerns über beträchtliche Privateinkünfte verfügen solle?

Wie stehe es mit dem Fall des

Professors Ernst,

der sich sein Luxusgut aus der Osthilfe sanieren lasse und dabei die Gelegenheit benutze, die Mietschulden für seine Berliner Poliklinik nicht zu zahlen mit dem Hinweis, daß man sich mit dieser Forderung an seinen Treuhänder wenden möge, der um Sanierungsplan der Landstelle für diese Forderungen entsprechende Berücksichtigung erreichen würde?

Wie stehe es mit dem Gut Arnsberg des

Grafen von Kalckstein,

das versteigert werden mußte, nachdem das Reich eine Umschuldungshypothek gegeben hatte? Bei der Versteigerung solle das Reich nicht nur 50 000 M. verloren haben! Das von Gisela von Kalckstein erworbene Gut solle auch vom Staat durch Hergabe von weiteren 100 000 Mark neu finanziert sein.

Wie stehe es mit dem Gut Groß-Plauen des

Herrn von Weiß

im Kreise Wehlau? Dort solle das Reich 260 000 Mark Umschuldungshypothek und 55 000 Mark Zuschuß verloren haben. Nach der Versteigerung habe eine Verwandte des Besitzers den Betrieb mit einer neuen Beihilfe von 40 000 Mark übernommen, und Herr von Weiß führe jetzt sein Gut als Betriebsleiter.

Durch Zwischenrufe des nationalsozialistischen Landbundführers von Sybel und des deutschnationalen Abg. Kunke provoziert, die nicht verstehen wollten, was für Bezüge von dem Redner bei der Erörterung des Falles Flemming gemeint seien, sprach unser Redner über

die beispiellose Verschwendung von Mitteln in den Landwirtschaftskammern, der Organisation des Landbundes und ähnlicher agrarischer Einrichtungen. Er wies darauf hin, daß eine Kommission, in der jener Herr von Flemming selbst mitgesessen habe, feststellen mußte, daß jene Einrichtungen jährlich, soweit das überhaupt feststellbar sei, zwischen 45 bis 60 Millionen Mark für ein Heer von Geschäftsführern und für sonstige Zwecke großzügig ausgeben.

Das Reichsernährungsministerium erklärte, daß es zu den Anfragen der verschiedenen Redner in der nächsten Sitzung des Haushaltsausschusses rückhaltlos Auskunft geben wolle.

(Siehe auch 3. Seite.)

Gegen Provokationspolitik!

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Berlins erklärt:

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Berlin erhebt gegen die der Nationalsozialistischen Partei erteilte Genehmigung, am Sonntag, dem 22. Januar, auf dem Bülowplatz zu demonstrieren, den allerschärfsten Protest. Er erblickt in dieser Kundgebung eine Provokation, die in der Absicht unternommen wird, durch Hervorrufung blutiger Zwischenfälle für ein verschärftes Vorgehen der Reaktion die Handhabe zu gewinnen. Die Verantwortung für alle möglichen Folgen, die sich aus der Genehmigung der nationalsozialistischen Kundgebung und dem gleichzeitigen Verbot einer kommunistischen Gegenkundgebung ergeben können, fällt auf die Reichsregierung, die im Widerspruch zur Verfassung und zum Spruch des Staatsgerichtshofs in Preußen eine unbeschränkte Macht ausübt.

Das immer dreistere Auftreten der Reaktion zeigt der Berliner Arbeiterschaft, wohin die von den Kommunisten hervorgerufene und dauernd geschürte Uneinigkeit im Proletariat führt. Die Kommunisten machen ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiter unmöglich, indem sie fortfahren, anstatt der Reaktion die gegen die Reaktion kämpfende Sozialdemokratie als ihren Hauptfeind zu behandeln. Jetzt fordern sie unter gleichzeitiger stärkster Beschimpfung der Sozialdemokratischen Partei die sozialdemokratischen Arbeiter auf, sich ihrer Aktion anzuschließen.

Hierzu erklären wir: Die politisch geschulten und disziplinierten Masse der Sozialdemokratie folgen lediglich der Parole ihrer **eigenen Partei!** Die Sozialdemokratische Partei beteiligt sich an Veranstaltungen der KPD. am kommenden Sonntag nicht.

Die Gauleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat diese Erklärung zustimmend zur Kenntnis genommen und schließt sich ihr an.

Bülowplatz

Schleicher bekommt Sorgen

Zu der Provokation auf dem Bülowplatz, die von den Nazis geplant und von der Polizei genehmigt ist, meldet in später Abendstunde Tel.-Union:

Wie verlautet, wird Reichskanzler von Schleicher am morgigen Sonnabend mit dem stellvertretenden Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, eine Besprechung haben über die Frage, ob sich dafür sorgen läßt, daß es ohne Zusammenstöße abgeht, wobei das Interesse des Staates weniger darauf gerichtet sei, daß die Demonstranten — als daß die Polizei nicht zu Schaden komme. In der gleichen Angelegenheit hat sich übrigens, wie man hört, der kommunistische Abgeordnete Torgler an den Staatssekretär Planck gewandt.

In parlamentarischen Kreisen mißt man der beabsichtigten Kundgebung im Zusammenhang mit den kommunistischen Drohungen besondere Bedeutung zu. Man erinnert hierbei an die kürzlich erfolgte Warnung der Reichsregierung, daß sie gewillt sei, wenn sich die Terrorakte mehren, zu neuen verschärften Notverordnungen zu greifen.

Wie weit diese Notiz auf amtliche Quellen zurückgeht, wissen wir nicht. Als offiziöse Meldung wäre sie eine Musterleistung!

Die geringe Sorge um den Schaden, den demonstrierende Staatsbürger erleiden könnten, wirkt außerordentlich gemütvoll. Ebenso die Ankündigung, daß man etwaige Ausschreitungen, die durch das Verhalten der Behörden zum mindesten mitverschuldet sein würden, zu einem einseitigen Vorgehen gegen die Kommunisten zu mißbrauchen gedenke.

Herr Schleicher hat aber auch — aber mir — Sorgen für die Polizei, und diese Sorgen sind berechtigt. Für jeden körperlichen Schaden, den einzelne Beamte, und für jeden moralischen Schaden, den die Polizei als Ganzes am Sonntag erleiden könnte, würde die Regierung die Verantwortung zu tragen haben!

Reichstag vertagt

Nazis wünschen Dauervertagung

Der Aeltestenrat des Reichstags beschloß am Freitagnachmittag, den Reichstag auf Dienstag, den 31. Januar, einzuberufen.

*

Was zu erwarten war, ist eingetreten. Die Nationalsozialisten haben in Verbindung mit Helfershelfern aus den übrigen kapitalistischen Parteien den Zusammentritt des Reichstags abermals verschleppt. Ginge es nach ihnen allein, dann wäre diese Verschleppung gleich auf drei Monate erfolgt. Denn der Abgeordnete Dr. Frick war auf den schlauen Einfall gekommen, von der Regierung erst einmal die Vorlegung des Haushaltsplans für 1933 zu verlangen, ehe man sich über eine Tagung des Reichstags schlüssig mache. Er wußte genau, und der Regierungsvertreter, Staatssekretär Planck, bestätigte es ausdrücklich, daß das Kabinett die Etatsberatung noch nicht einmal begonnen hat, daß der Haushaltsplan dann aber erst dem Reichsrat zugeleitet werden muß und dort bis zur Erledigung wieder noch eine Reihe von Wochen vergehen, so daß es hieß, den Reichstag auf drei Monate zu vertagen, wenn man darauf warten wollte. Soweit konnten selbst Zentrum und Deutschnationale nicht mitgehen. Das erstere stellte deshalb den Antrag, die Sitzung zunächst einmal auf den 31. Januar anzusetzen — aber vorsichtshalber den Aeltestenrat am 27. Januar erst einmal vor die Frage zu stellen, ob er wieder umfallen will und für wie lange.

Mit aller Schärfe wandten sich die Abgeordneten Dr. Breitscheid, Dittmann und Löbe sowie die Kommunisten gegen die dauernde Lahmlegung des Reichstags mit scheinheiligen Argumenten. Frick hatte von den „vornehmsten Rechten" des Parlaments, der Haushaltsberatung, gesprochen, um in demselben Atemzuge jede Beratung des Parlaments unmöglich zu machen. Das ist der Erfolg des „Sieges", den die Nationalsozialisten mit 230 und 196 Abgeordneten errungen hatten, daß sie selbst keine Anstalten machen, ihre Stimmenzahl ins Gewicht zu werfen und die anderen Parteien auch noch verhindern, irgendeine gesetzgeberische Arbeit zu leisten.

Leider hat ihnen dabei das Zentrum eine gewisse Hilfsstellung geleistet, von den Deutschnationalen ganz zu schweigen. Sieht das Zentrum nicht ein, daß dies ein sicherer Weg ist, das Ansehen des Parlaments ganz zu zerschlagen? Was sollen die Wähler von einem Reichstag halten, dessen Mehrheit die Arbeit überhaupt nicht aufnehmen will. Müssen sie sich nicht voller Enttäuschung von ihm abwenden?

Die Regierung ließ die stark verklausulierte Erklärung abgeben, daß ihr nach wie vor an einer Klarstellung ihres Verhältnisses zum Reichstag liege und daß sie die Vertagung als eine Form der Tolerierung ansehen müsse — auch wenn sie zu dem Zweck geschehe, das Spiel einiger Parteien hinter den Kulissen fortzusetzen.

Eine Tolerierung durch die Nationalsozialisten, nichts anderes ist diese Verschleppung. „Generalsturm gegen Schleicher", „Weg mit Schleicher" — so tönt es den geleimten Wählern der Nazipartei aus dem „Angriff" und dem „Völkischen Beobachter" entgegen. In der Oeffentlichkeit. Hinter den Türen des Aeltestenrats aber beten sie „Gott erhalte Kurt den Schleicher" und sorgen durch ihre Vertagungsanträge dafür, daß er erhalten bleibt. Wie lange werden sich die Irrege-

führten, die jetzt die Resultate ihrer tapferen Wahlen ernten, dies Spiel gefallen lassen?

Auswärtiger Ausschuß

Gegen Schleicher und deutsch-belgisches Markabkommen

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags gab gestern Minister von Neurath einen Ueberblick über die Außenpolitik. Nach Abschluß der Diskussion über „Tribute und Auslandsschulden" wurde mit 17 Stimmen gegen 11 (Nazis, Kommunisten und Deutschnationale gegen die übrigen Parteien) ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, wonach die deutschen Zahlungen an Belgien aus dem Abkommen vom 13. Juli 1929 in Anbetracht der im Lausanner Abkommen vom 9. Juli 1932 auch von Belgien anerkannten wirtschaftlichen Notlage Deutschlands bis auf weiteres einzustellen sind.

Ferner wurde eine durch einen kommunistischen Antrag erweiterte, von den nationalsozialistischen Ausschußmitgliedern eingebrachte Entschließung mit den Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

Der Herr Reichskanzler hat am Neujahrstage 1933 ausgesprochen, daß Deutschland nunmehr von Reparationen befreit sei. Der Auswärtige Ausschuß stellt fest, daß das deutsche Volk sowohl den vollen Zins- und Tilgungsdienst für die Dawes-Anleihe weiterhin tragen soll, ebenso den Zins- und Tilgungsdienst für die Young-Anleihe, ferner die Zahlungen an Amerika, die sogenannten belgischen Markzahlungen, die gestundeten Besatzungskosten, Zahlungen, die zum Teil bis zum Jahre 1966 reichen sollen.

Hinzutreten sollen noch die Ratenzahlungen für die Schlußzahlung von drei Milliarden gemäß dem Lausanner Abkommen, insgesamt 410 Millionen jährlich. Ueberdies beträgt der Verlust durch Beschlagnahme des deutschen Privatvermögens im Auslande etwa elf Milliarden, deren Ersatz an die geschädigten Auslandsdeutschen laufende Belastungen für die deutschen Finanzen bedeuten.

Außerdem wurde das Inkrafttreten des Abkommens von Lausanne von den Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens in einem Gentlemen-Agreement davon abhängig gemacht, daß sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Streichung der interalliierten Schulden bereitfinden; infolgedessen ist bis auf den heutigen Tag und auch bis auf weiteres die Frage offen, ob das Lausanner Abkommen überhaupt Wirksamkeit erlangt.

Aus allen diesen Gründen ist der Auswärtige Ausschuß der Anschauung, daß die genannten Ausführungen des Herrn Reichskanzlers im In- und Ausland falsche Vorstellungen erwecken können und deshalb den deutschen Interessen nicht genützt haben.

Der vorletzte Absatz, der vom „Gentlemen-Agreement" handelt, stammt von den Kommunisten. Die Sozialdemokraten haben sich an dieser Resolutionsfabrikation nicht beteiligt. Sie sind nicht der Ansicht, daß auf solche Weise eine vernünftige Außenpolitik getrieben werden kann. Die Nationalsozialisten mimen Mut vor Kanzlerstühlen, wo es ungefährlich ist, aber im Aeltestenrat kneifen sie.

Zu Beginn der Sitzung hatten die Kommunisten einen Vorstoß zugunsten des Abg. Schehr unternommen, der vorübergehend verhaftet war. Es wurde nach Feststellung der Tatsache, daß Schehr wieder frei ist, über den Fall zur Tagesordnung übergegangen, da der Geschäftsordnungsausschuß zuständig ist.

Die außenpolitische Aussprache wird heute fortgesetzt.

Industrie schreit nach Ruhe

Erklärung des Reichsverbandes

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielt am 19. Januar unter dem Vorsitz Dr. Krupp von Bohlen und Halbachs eine Sitzung ab, die durch eine Aussprache über die gegenwärtige wirtschaftspolitische Lage eingeleitet wurde. In Anknüpfung an die Ereignisse der letzten Wochen wurde mit Bedauern festgestellt, daß von der Politik her neue Unruhe in die Wirtschaft getragen wird, und es wurde als höchst verhängnisvoll bezeichnet, wenn auf diese Weise die bestehenden Ansätze zu einer Rückkehr des Vertrauens und zu einer wirtschaftlichen Besserung wieder zunichte gemacht würden.

Nach Ansicht der Industrie ist es nicht zu verantworten, daß die Rücksichtnahme auf diese oder jene einseitige Interessen Tag für Tag die Gefahr neuer Rückschläge heraufbeschwört. Besonders bedarf die Handelspolitik unbedingt einer Beruhigung und stabiler Führung, um so mehr, als es sich immer wieder zeigt, daß schon die Ankündigung zollpolitischer Maßnahmen zu schweren Rückschlägen für die deutsche Ausfuhr und damit für die Arbeitsmarktlage führt.

Die deutsche Industrie erwartet von der Reichsregierung, daß sie alle Störungsversuche entschieden ablehnt und dafür sorgt, daß sich die Wirtschaft ihrer gegenwärtigen Hauptaufgabe, die Arbeitslosigkeit wieder zu vermindern, ungestört widmen kann.

Melchers Gewaltkurs verurteilt

Sozialdemokratisches Wahlplakat vom Oberverwaltungsgericht freigegeben — Melcher muß die Kosten tragen!

Der Bezirksverband Berlin der SPD. hat am 30. Juli 1932, am Tage vor der Reichstagswahl, ein Plakat herausgebracht, das an der Spitze den Kopf Adolf Hitlers trug, und auf die Mitschuld der NSDAP. an dem wirtschaftlichen Zusammenbruch hinwies. Der „Regierungsrat Adolf Hitler" ließ durch einstweilige Verfügung des Landgerichts I der „Berek" den Anschlag dieses Plakats an den Litfaßsäulen verbieten. Zur gleichen Stunde aber brachte der neueingesetzte Polizeipräsident Dr. Melcher eine Verfügung heraus, durch die das Plakat auf Grund der Notverordnung vom 28. Juni 1932 beschlagnahmt wurde.

Herr Dr. Melcher sah in der (seiner Auffassung nach unrichtigen) Darstellung der sozialen Verhältnisse in Verbindung mit dem Schlußsatz des Plakats „Wehrt Euch gegen Hitlers Zuchthausstaat! Wählt Sozialdemokraten!" eine Aufforderung oder Anreizung zu Gewalttätigkeiten gegen „deutsche Volksgenossen".

Selbstverständlich hat der Bezirksverband Berlin der SPD. die Sache nicht auf sich beruhen lassen, sondern, nachdem der Oberpräsident die Aufhebung des Verbots abgelehnt hatte, durch seinen Rechtsbeistand Genossen Rechtsanwalt Dr. Bergmann Klage im Verwaltungsstreitverfahren beim Preußischen Oberverwaltungsgericht erhoben. Die Klage wurde nicht nur darauf gestützt, daß unmöglich in dem Inhalt des Plakats irgendein Leser eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten erblicken konnte; es wurde vielmehr unter Beifügung umfangreichen Materials dargetan, daß der Polizeipräsident Dr. Melcher gerade in der Wahlzeit vom 21. bis zum 31. Juli 1932 offene Aufforderungen nationalsozialistischer Flugblätter zu Gewalttätigkeiten gegen Mitglieder und Führer der Sozialdemokratischen Partei mit keinem Verbot gehindert hatte.

Das Oberverwaltungsgericht hat in seiner Sitzung vom 20. Januar 1933 der Klage des Bezirksverbandes der SPD. in vollem Umfange stattgegeben und die Verfügung des Polizeipräsidenten aufgehoben.

Die mündliche Begründung, die Senatspräsident Lindenau nach eingehender Beratung gab, bedeutet eine Bestätigung der in der Klage geltend gemachten Tatsachen. Insbesondere hob der Präsident hervor, daß Ausdrücke wie „Wehrt Euch gegen Hitlers Zuchthausstaat!" nach der Praxis des politischen Kampfes der letzten Zeit unmöglich von einem objektiven Leser als Aufforderung oder Anreizung zu Gewalttätigkeiten betrachtet werden könnten; denn im politischen Kampf seien jetzt solche, der militärischen Sprache angenäherten Ausdrücke üblich. Das Oberverwaltungsgericht hat die Möglichkeit verneint, in dem Inhalt des Plakates eine Anreizung zu Gewalttätigkeiten zu finden; es brauchte sich deshalb mit dem zweiten vorgebrachten Grunde, nämlich der ungleichen Behandlung nationalsozialistischer und sozialdemokratischer Flugblätter und Plakate durch Herrn Dr. Melcher, nicht zu beschäftigen. Immerhin zeigt die Urteilsbegründung, die der Vorsitzende gab, deutlich genug, daß auch nach Auffassung des Oberverwaltungsgerichts die von dem sozialdemokratischen Plakat verwendeten Ausdrücke keineswegs an die blutrünstige Sprache der NSDAP.-Erzeugnisse heranreichen; die Ungleichbehandlung und die Bevorzugung der NSDAP. durch den Polizeipräsidenten Melcher ist dadurch indirekt schon zugestanden, daß das Oberverwaltungsgericht aus der Sprache, die die ihm vorgelegten nationalsozialistischen Flugblätter verwandten, die Allgemeinüblichkeit kriegerischer Ausdrücke folgerte.

Das Urteil bedeutet nicht nur moralisch einen Erfolg der Sozialdemokratischen Partei Berlins im Kampf gegen die Herren des 20. Juli; es wird auch finanziell dem Polizeipräsidenten nicht angenehm sein.

Abgesehen von den recht erheblichen Kosten des Verfahrens wird der preußische Fiskus auch die durch das Verbot verloren gegangenen Druck- und Anschlagskosten bezahlen müssen, die sich auf einige tausend Mark belaufen. Der Bezirksverband Berlin der SPD. wird wegen des entstandenen Schadens durch den Genossen Rechtsanwalt Dr. Bergmann das Notwendige veranlassen.

Tumult am Wedding

In den Pharussälen in der Müllerstraße wollte gestern abend die „Nationalsozialistische Jugend" eine Kundgebung abhalten. Zahlreiche Kommunisten hatten sich Zutritt verschafft und gleich nach Beginn der Versammlung der nationalsozialistischen Jugend gab es Klamauk. In dem entstehenden Durcheinander, das in eine regelrechte Saalschlacht auszuarten drohte, vermochte sich die Polizei nur schwer durchzusetzen. Die Gegner wurden schließlich von der Schupo aus dem Saal gedrängt. Der nationalsozialistischen Versammlungsleitung der jüngsten Garde Hitlerscher Uebermenschen war es offensichtlich nicht unangenehm, als der diensthabende Polizeioffizier die Versammlung kurzerhand auflöste.

In der Müllerstraße in der Umgebung der Pharussäle kam es im Anschluß an die vorzeitig beendigte Naziversammlung zu wiederholten größeren Ansammlungen kommunistischer Demonstranten. Die Polizei gab eine Reihe von Schreckschüssen ab. Soweit bisher bekannt geworden ist, sind Verletzte nicht zu beklagen. Es erfolgten mehrere Festnahmen.

Neue sozialpolitische Erfolge

Sozialdemokratie für die Wiederherstellung der früheren sozialen Leistungen

Die Sozialdemokratie hat in ihrem Kampfe für die Wiederherstellung der sozialen Leistungen auf den früheren Stand wieder einen wichtigen Erfolg errungen.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages wurde am Freitag ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach die durch Notverordnung den Kranken auferlegte Krankenschein- und Rezeptgebühr aufgehoben werden soll. Staatssekretär Grieser vom Reichsarbeitsministerium behauptete allerdings, daß die Zeit für die Aufhebung dieser Sonderbelastung noch nicht gekommen sei.

Die Vollversammlung des Reichstags wird also durch Bestätigung des Ausschußbeschlusses dafür sorgen müssen, daß die ungerechte Belastung der Versicherten so schnell wie möglich beseitigt wird.

Der Ausschuß stimmte ferner einem anderen sozialdemokratischen Antrag zu, wonach die Vorschriften der Notverordnung aufgehoben werden, die die Gewährung von Mehrleistungen durch die Krankenkasse unterbindet. Mit Unterstützung der Sozialdemokraten wurde dann ein kommunistischer Antrag angenommen, der die Verbesserungen der Juli-Notverordnung vom Jahre 1930 erhalten wissen will. Dieser Antrag war insofern bemerkenswert, als die Kommunisten damals die ganze Notverordnung aufheben wollten, während die Sozialdemokratie die darin enthaltenen Verbesserungen anerkannte und durch Verhandlungen mit der Regierung noch weitere Zugeständnisse erzielte.

Die damalige Haltung der Sozialdemokratie ist also jetzt durch die Kommunisten anerkannt worden.

Nationalsozialisten und Deutschnationale benutzten die Gelegenheit, um die Angriffe des Unternehmertums gegen die eigenen Betriebe der Krankenkassen und gegen die Kassenverwaltungen zu wiederholen. Ihre arbeiterfeindliche Einstellung kam noch einmal zu Ausdruck, als die Sozialdemokraten nachher die Beratung der von ihnen eingebrachten Anträge zugunsten der Arbeitsinvaliden forderten. Die bürgerliche Mehrheit wollte davon nichts wissen. Sie stimmte dem Vorschlag des Ausschußvorsitzenden Dr. Brauns zu, daß zuerst die eingelaufenen Petitionen verhandelt werden sollten.

Soziales Mietrecht

Die Regierung weiß nichts

Im Wohnungsausschuß des Reichstags erklärte Ministerialdirektor Volkmann, daß die Regierung ein soziales Mietrecht nicht ausgearbeitet habe, auch keinen Termin nennen könne, wann eine solche Vorlage fertiggestellt sein werde. Die Voraussetzungen hierfür wären erst gegeben, wenn eine annähernd gleichartige Lage für das gesamte Wohnungswesen eingetreten sei. Die Wirtschaftskrise habe das bisher verhindert. Die Nachfrage habe sich besonders nach Kleinwohnungen gesteigert, und sie sei noch nicht durch den Neubau von Kleinwohnungen ausgeglichen worden. Der Mieterschutz müsse für längere Zeit bestehen bleiben; er soll aber nicht auf den Stand von 1926 zurückgeführt werden, weil sonst der inzwischen ergänzte Mieterschutz fallen würde. Das Wohnungsmangelgesetz werde die Regierung nicht verlängern, weil kein Wohnungsmangel mehr bestehe. Daß viele Mieter die Miete nicht zahlen können, sei eine Folge der Wirtschaftskrise. Die Räumungsurteile hätten sich nicht vermehrt. Gegen das dritte Quartal 1931 mit 783 Räumungsurteilen seien in der gleichen Zeit in Sachsen 775 solcher Urteile ergangen. Auch einen allgemeinen Vollstreckungsschutz für Mieter und Hausbesitzer werde sie nicht erlassen.

Ministerialrat Durst erklärte, daß die Regierung keine allgemeine Zinssenkung vornehmen werde, dagegen seien Länder und Gemeinden angewiesen, individuelle Hilfe zu gewähren. Auch die Hauszinssteuerhypotheken könnten allgemein nicht gestrichen werden. Die Tilgung sei zum größten Teil schon gestundet, die Verzinsung betrage für Preußen bei 80 Proz. der Neubauten nur 1 Proz. Für die anderen Länder seien sie gesenkt worden, so daß diese Zinsen wenig für die Mietsbildung in Betracht kämen. Auch der Erlaß eines Moratoriums sei nicht möglich.

Wenn Mieterschutz fällt

Ein Beispiel zur Warnung

Nach einer Ankündigung der Regierung sollte am 1. April eine Neuregelung der Wohnungsgesetzgebung erfolgen und damit der bisherige Mieterschutz wegfallen. Ein menschenfreundlicher Hausbesitzer in Passau, der neben vier Häusern auch noch eine Bäckerei und ein Lebensmittelgeschäft besitzt, sendet seinen zahlreichen Mietern das folgende liebenswürdige Schreiben:

Passau, den 3. Januar 1933.

An alle Mieter!

Im Interesse meines Geschäftes sehe ich mich veranlaßt, meine Mieter darauf aufmerksam zu machen, daß ich eine Bäckerei und Lebensmittelgeschäft inne habe und deshalb an Sie appelliere, unbedingt ab heute alle einschlägigen Artikel, Semmeln, Schwarzbrot, Mehl, Nudeln, Kuchen usw., bei mir einzukaufen.

Ich werde bestrebt sein, Ihren Bedarf zu decken und Sie zufriedenzustellen, damit Sie in keiner Weise benachteiligt sind, jedoch bin ich angewiesen, daß unbedingt bei mir eingekauft wird.

Zum Schlusse erlaube ich mir, Sie aufmerksam zu machen, daß ich darauf bestehe und selbstverständlich meine Konsequenzen ziehe, nach Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft.

Hochachtungsvoll

(Firmenstempel)

Was andere Hausagrarier mit allerhand heimlichen Finessen betreiben, das kündigt der Vierfachverdiener und Bäckermeister mit fröhlicher Offenheit seinen nur geduldeten Mietern in einem Rundschreiben an.

Der Gesetzgeber ist zur geplanten Neuordnung der Wohnungsgesetzgebung nicht rechtzeitig gekommen und die von diesem Hausbesitzer erhoffte Aufhebung des Mieterschutzes ist hinausgeschoben. Als wertvolles Material kann dies Zirkular aber für die Neuordnung verwendet werden.

900 Proz. Bürgersteuer!

Nazi-Finanzkünste in Anhalt

Die dringende Notwendigkeit der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 6. Dezember 1931 beantragten Umgestaltung der Bürgersteuer wird schlaglichtartig durch folgende Tatsachen bestätigt:

Das aus Nationalsozialisten bestehende Staatsministerium in Anhalt hat mit einem Erlaß vom 29. Dezember 1932 angeordnet, daß 1933 im Freistaat Anhalt generell 900 Proz. Zuschlag vom Landessatz der Bürgersteuer zu erheben sind. Durch Erlaß vom 19. Oktober 1932 war dieser Zuschlag vom gleichen Ministerium auf 600 Prozent festgesetzt. Da die Steuerkarten für 1933 bereits ausgegeben worden sind, wurden die Arbeitgeber angewiesen, abweichend von der Anforderung auf der Steuerkarte 900 Prozent Bürgersteuerzuschlag vom Lohn in Abzug zu bringen. In der niedrigsten Beitragsklasse ist das eine jährliche Belastung von 54 Mark!

Nazikorruption

Auch in Schweden

Stockholm, 20. Januar.

Eine amtliche Mitteilung des Parteistabes besagt, daß sich die Angriffe des Redakteurs des Naziorgans „Unser Kampf", Lindholm, gegen den Führer der Bewegung darauf bezogen, daß dieser der Parteikasse eine geringe Summe schuldig ist. Lindholm griff aber auch das Privatleben des Führers mit grundlosen Beschuldigungen an und erklärte schließlich, daß er selbst die Führung übernehmen werde.

Lindholm sowie der Reichsschatzmeister und der Führer der Gotenburger SA., wurden aus der Partei ausgeschlossen.

Berufswahl immer schwieriger

Der Jahrgang 1919 tritt ins Leben ein

Ueber 40 000 junge Menschen, die zu Ostern Berlins Schulen verlassen, beschäftigen sich unausgesetzt mit der Frage, was nunmehr aus ihnen werden soll. Um die Berufswahl gehen schon wochen- und monatelang in den einzelnen Familien die Diskussionen, Pläne werden geschmiedet und wieder verworfen, denn noch immer ist die Wahl eines Berufes für die schulentlassenen jungen Menschen die schwerste Entscheidung.

Diese schwere Aufgabe wird heutzutage durch die Berufsberatungsstellen etwas erleichtert, die auf allen Arbeitsämtern eingerichtet sind. Schon sechs Monate vor der Schulentlassung werden in den einzelnen Klassen Personalkarten und Merkzettel verteilt, auf denen zum Besuch der Beratungsstelle aufgefordert wird. Wenn dann die Schüler meist in Begleitung ihrer Eltern erscheinen, wird eine mündliche Prüfung jedes einzelnen unter Zuhilfenahme der modernsten psychotechnischen Apparate vorgenommen. Danach erfolgt eine Vormotierung in dem gewünschten Beruf.

Die 1919 Geborenen

In der Tat ist der Lehrstellenmarkt ein getreues Abbild des Arbeitsmarktes und vielen Jugendlichen war es jahrelang nicht möglich, in den gewünschten Berufen unterzukommen. Trotzdem konnten immerhin im letzten Jahre allein durch die Arbeitsämter über zehntausend Lehrstellen vermittelt werden. In diesem Jahre ist die Aufgabe der Lehrstellenvermittler besonders schwer, weil zum erstenmal der Geburtenrückgang der Kriegsjahre aufgehört hat und die Zahl der Schulentlassenen des Jahrgangs 1919 erheblich größer ist als die der früheren Jahrgänge. Dementsprechend hat auch der Besuch in den Berufsberatungsstellen in diesem Jahre außerordentlich früh eingesetzt, weil die Furcht, zu spät zu kommen, sehr groß ist. Schon im November begann der Ansturm und bis jetzt ist die Besucherzahl wohl um die Hälfte größer als im Vorjahre. Demgegenüber ist erfreulicherweise festzustellen, daß auch die Unternehmer den ganzen Winter über Lehrstellen angeboten haben, die zum Teil sofort besetzt werden konnten. Allgemein wird jedoch von den Lehrstellenanwärtern heute eine höhere Eignung verlangt.

Bäcker und Schlächter kommen unter

Mit welchen Berufswünschen kommen nun die Jungens und Mädels? Stark bevorzugt erscheint in diesem Jahr bei der männlichen Jugend wegen der vermeintlich günstigen Beschäftigungslage das graphische Gewerbe. Die Metallberufe wie Schlosser, Dreher, Monteure usw. werden im allgemeinen nicht mehr so viel verlangt wie früher. Auch der ewige Traum der Jugend, Autoschlosser zu werden, ist vorbei, weil sie sehen, daß der Weg meistens in der Reparaturwerkstatt endet. Im Handwerk herrscht bei Fleischern, Bäckern, Schuhmachern, Tapezierern usw. ein ziemlich gleichbleibender Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage. Wenig gewünscht sind anscheinend Friseurstellen und die Arbeit als Putzmädel in der Konfektion.

Auch bei den kaufmännischen Berufen hat sich eine merkwürdige Umwandlung vollzogen. Im Gegensatz zu früher werden jetzt Bürostellen von den Jugendlichen vorgezogen, bei denen deshalb ein katastrophales Ueberangebot an Kräften herrscht, während Verkaufslehrlinge gesucht werden und vielfach mehr Stellen vorhanden sind als verlangt werden.

Abiturienten in Not

Während man bei den aus den Volks- und Mittelschulen zur Entlassung Kommenden allgemein noch die Hoffnung vorfindet, im Leben den richtigen Platz zu finden, und der Wunsch trotz alledem vorherrscht, einen gelernten Beruf zu ergreifen, ist die Depression bei den Abiturienten außerordentlich groß. Wegen der Aussichtslosigkeit und der finanziellen Schwierigkeiten ist der Weg in akademische Berufe wenig begehrt. Die Flucht in technische Berufe wird meist aus Mangel an geeigneten Stellen unmöglich. Bei der Unterbringung von Abiturienten in gewerblichen und handwerklichen Lehrstellen mit mehrjähriger Lehrzeit wurden schlechte Erfahrungen gemacht. Die Jungen kommen oft zurück und beschweren sich über schlechte Arbeitgebr. Diese wieder ziehen oft gute, vierzehnjährige Gemeindeschüler vor, die noch nicht mit Besserwissen vollgepfropft sind. Beeinflußt durch die Abiturientenhilfe der Handelskammer werden allerdings in diesem Jahre in stärkerem Maße Abiturienten für Lehrstellen aller Art verlangt.

Die Ungelernten

Schätzungsweise werden überhaupt nur etwa ein Drittel der Schulentlassenen in Lehrstellen unterkommen können, ein weiteres Drittel etwa geht als Ungelernte in Stellung, der Rest findet überhaupt keine Arbeit und wartet die Entwicklung ab, um vielleicht im Laufe des Jahres noch irgendwo unterzuschlüpfen. In den ungelernten Berufen ist das Stellenangebot für weibliche Arbeitskräfte sehr gut, während männliche Hilfskräfte kaum verlangt werden. In erster Linie ist das für die Unternehmer eine Frage der Lohnhöhe, weiter aber sagt man den jungen Mädels z. B. bei Laufmädchenstellungen, größere Vertrauenswürdigkeit nach. Es ist eine alte Erfahrung, daß in Zeiten wirtschaftlicher Not Fehler bei der Berufswahl häufiger als in normalen Zeiten gemacht werden. Rein wirtschaftliche Motive stehen bei der Berufswahl oft im Vordergrund. Das muß jedoch zu großen Enttäuschungen führen, wenn weder Eignung noch Lust zu einem bestimmten Beruf maßgebend sind. Denn je besser ein Kind für den jeweiligen Beruf körperlich, geistig und charakterlich ausgerüstet ist und von sich aus eine berufliche Ertüchtigung anstrebt, um so besser werden auch die Berufsaussichten sein.

Eisjacht für Alle

Für einen Sechser über den Berliner Ozean (siehe Müggelsee)

Kampf um den Gasmesser

Erklärung der Gaswerke — Schutz den Kleinverbrauchern

Der „Vorwärts" hat nachgewiesen, daß die „5-Kubikmeter-Bestimmung" des neuen Gastarifs, wonach von jedem Verbraucher eine Mindestmenge von 5 Kubikmetern im Monat bezahlt werden muß, für die Kleinstverbraucher eine neue untragbare Belastung darstellt. Da neben diesem Mindestverbrauch nämlich auch noch die Gasmessermiete von 40 Pf. zu zahlen ist, bringt die Neuregelung für die kleinen Verbraucher eine fühlbare Verteuerung. Wir hatten weiter darauf aufmerksam gemacht, daß die Bestimmung auch für die Kleingärtner untragbar ist, die im Sommer in ihrer Laube wohnen. Auf unsere Forderung, daß die Städtischen Gaswerke die unmögliche Vorschrift revidieren sollen, geht uns jetzt von dem Vorstand der Werke ein längeres Schreiben zu.

In der Erklärung der Gaswerke heißt es, daß man vor der Frage stand, ob die an sich in Berlin geltende Grundgebühr (sog. Gasmessermiete) von 40 Pf. in der untersten Stufe, die gegenüber den meisten im Reiche geltenden Grundgebühren außerordentlich niedrig sei, erhöht werden sollte oder aber eine Mindestverbrauchsmenge vorzuschreiben. Man habe sich zu dem letzteren Ausweg entschlossen, weil eine Erhöhung der Grundgebühr die breite Masse der Erwerbslosen und Schlechtestverdiener getroffen hätte, während die Vorschrift eines Mindestverbrauchs von 5 Kubikmeter nach Ansicht der Gaswerke die Kleinstverbraucher nur in geringfügigem Umfange treffe, denn, so heißt es, „wer überhaupt Gas in seinem Haushalt oder Gewerbe regelmäßig verbraucht, wird die Mindestmenge von 5 Kubikmeter im Monat stets erreichen. Dahingegen sind wir nicht in der Lage, diejenigen, die Gas nur gelegentlich oder vorübergehend — sei es im Haushalt, sei es im Gewerbe — gebrauchen, zu Lasten der großen Menge der Verbraucher Gas in gleicher Weise beziehen zu lassen, wie diejenigen, die es regelmäßig abnehmen".

Wir können uns mit diesem Standpunkt der Gaswerke, der erst nach mehrmaligem Studium des schwierigen Satzes klar wird, nicht einverstanden erklären. Es wird sehr viele Kleinstverbraucher geben, die diesen Mindestverbrauch von 5 Kubikmeter nicht erreichen, denen man aber deswegen nicht einfach das Gas abschneiden und den Gasmesser fortholen darf.

In dem zweiten Teil des Schreibens der Gaswerke wird erklärt, daß man auf den Vorschlag des „Vorwärts" hin den Kleingärtnern und Laubenbewohnern dadurch entgegenkommen will, daß auf Antrag der Gasmesser auf eine bestimmte Zeit gesperrt wird und während der Sperrzeit nur die Gasmessermiete erhoben werden soll. Auch in dieser geplanten Maßnahme können wir nur eine Ungerechtigkeit gegenüber den minderbemittelten Verbrauchern sehen. Denn diese Verbraucher haben nunmehr in der Sperrzeit gleichfalls keine Möglichkeit, in Notfällen sich des abends eine warme Suppe zu bereiten, weil das Gas abgesperrt ist.

Wir verkennen durchaus nicht, daß die Gaswerke in einer Zeit, da mächtige Privatinteressen immer wieder gegen den Kommunalbesitz anrennen, die Pflicht haben, die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens aufrechtzuerhalten. In einer Zeit bitterster Not aber kann man nicht neue Belastungen für die ärmsten Bevölkerungskreise schaffen.

Razzia in Mahlsdorf

Die fünf vom Schützenhaus

Anläßlich der Ermittlungsarbeiten zur Aufklärung eines Einbruchs in das Schützenhaus von Kaulsdorf, der am 11. März v. J. von zunächst unbekannten Dieben verübt worden war, wurde jetzt in Mahlsdorf eine größere Razzia vorgenommen, die der Ausstöberung von Diebesverstecken galt.

Es wurden dabei fünf junge Männer im Alter von 21 bis 30 Jahren festgenommen, in deren Lauben man außer zahlreichem Diebesgut aus verschiedenen Geschäftseinbrüchen auch noch einen großen Teil der Beute aus dem Einbruch in das Schützenhaus fand. Die fünf Festgenommenen sind bereits dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. Es besteht die Vermutung, daß sie auch als Täter für den Ueberfall auf die Stationskasse von Rüdersdorf in Frage kommen, der — wie noch erinnerlich — in der Nacht zum 9. Januar ausgeführt worden war. Vor diesem Ueberfall waren die Burschen bekanntlich noch in eine Bahnhofswirtschaft in Fredersdorf eingedrungen und hatten hier außer Lebensmitteln noch mehrere hundert Mark Bargeld geraubt. Die Untersuchung der Kriminalpolizei ist noch nicht abgeschlossen und wird sich jetzt besonders in dieser Richtung bewegen.

Geldtransport beraubt!

Ein Geldtransport der Hotel Betriebs A.-G. ist gestern auf seltsame Weise beraubt worden. Zwei Angestellte und ein Motorradfahrer erhielten von der Firma den Auftrag, von der Reichsbank 25 000 Mark abzuholen. Das Geld wurde auf einem Motordreirad transportiert und der Fahrer sollte so langsam fahren, daß die beiden Begleiter mit dem Rad Schritt halten konnten. In der Charlottenstraße gab der Motorradfahrer plötzlich Gas und fuhr seinen Begleitern davon. Einige Zeit später wurden der Fahrer und das Motorrad in der Rosmarinstraße an dem Hintereingang zu den Büroräumen der Hotel Betriebs A.-G. angetroffen. Als das Geld abgeladen werden sollte, stellte sich heraus, daß 4000 Mark fehlten. Der Fahrer, ein 20 Jahre alter Paul J. ist festgenommen worden, da vermutet wird, daß er wahrscheinlich mit einem Komplicen den Raub ausgeführt hat.

Heilerziehungsheim Templin

Die Stadtverordnetenversammlung hatte beschlossen, den Oberbürgermeister zu ersuchen: die beabsichtigte Verlegung des Heilerziehungsheimes Templin nach Mahlsdorf im Interesse der hilfsbedürftigen Kinder nicht zur Durchführung zu bringen und das Heilerziehungsheim Templin in Zukunft psychiatrisch zu versorgen. Es sollte deshalb ein engerer Zusammenhang mit den für solche Zwecke vorhandenen Berliner Einrichtungen angestrebt werden. Der Oberbürgermeister teilt der Stadtverordnetenversammlung jetzt in einer Vorlage zur Kenntnisnahme mit, er habe nach nochmaliger eingehender Prüfung von der Verlegung des Heilerziehungsheims Templin Abstand genommen und werde das Heim in bisheriger Form weiterführen. Die psychiatrischen Untersuchungen und Begutachtungen der in dem Heim Templin untergebrachten Kinder wird in Zukunft ein entsprechend vorgebildeter Arzt des Waisenhauses Berlin ausüben. Dadurch ist eine ordnungsgemäße psychiatrische Versorgung des Heimes gewährleistet, zu gleicher Zeit aber auch ein engerer Zusammenhang mit den Stellen geschaffen, die die Ueberweisung der Kinder nach Templin vornahmen.

Sklarek-Nachspiel

Anklage gegen Stadtbankdirektor

Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat gegen den seit etwa einem Jahr suspendierten Abteilungsdirektor der Stadtbank, Karl Schroeder, Anklage wegen schwerer passiver Bestechung im Amt erhoben. Schroeder wird zur Last gelegt, in den Jahren 1926 bis 1929 als Leiter der Kredit-Kontrollabteilung der Berliner Stadtbank seine Amtspflicht zur Kontrolle der Sicherheiten, die die Berliner Stadtbank sich von der Firma AWG. Gebrüder Sklarek für die von ihr gewährten Kredite geben ließ, verletzt und im Zusammenhang damit von den Sklareks Zuwendungen in Gestalt von Rennwettgewinnen angenommen zu haben. Die Staatsanwaltschaft hat erst jetzt die Anklage erheben können, weil die Akten bisher zur Ausfertigung des Sklarek-Urteils anderweitig benötigt wurden.

„Kinder spielen unsere Zeit"

Schulfest in Neukölln

In Kliems Festsälen, Hasenheide, kann kein Apfel zur Erde fallen. Da sitzen die Alten und die Jungen und freuen sich am Spiel der Schüler der Lebensgemeinschaftsschule aus der Kaiser-Friedrich-Straße 4. Wenn richtige Kinder unserer Zeit — und das sind diese kleinen Akteure — ein Spiel zeigen, dann ist dies mit dem wirklichen, nüchternen Alltag aufs engste verknüpft und darum lebenswahr und lebendig.

Eine lustige Kinderdemonstration steigt auf der Straße; mit Triesel und Roller, mit Puppenwagen und Jo-Jo waren die Demonstranten bewaffnet und forderten vom Schupo, der sie auseinanderdrängen wollte: wir wollen hier spielen, wir haben zu Hause kein Kinderzimmer mit viel Platz und Wärme und einer Menge Spielsachen, und Mutter, der wir in der engen Bude doch nur überall im Wege stehen, atmet auf, wenn sie uns endlich aus der Türe hat. Aber wir fordern für uns alle ein paar Spielsachen, jedes Kind will ein bißchen Freude haben. Den Text haben sich die Kinder selbst gemacht und im Sprechchor sagen sie, wie es ihnen ums Herze ist. Dann kommt das Getier aus dem Landschulheim am Uedersee, mit dem die kleine Gesellschaft in ihren Erholungsferien Bekanntschaft gemacht hat. Die Mücke und der Frosch, das Huhn und der Spatz erscheinen, kostümlich verkleidet, und erzählen von den schönen Sommertagen. Im Zirkus Hackepeter steigt ein Ulkprogramm mit Schwergewichtsmoglern und Seiltänzern, mit Spaßmachern und einem auf Menschenbeinen trottenden Groteskkamel. Dann steigt der Uebermensch Rizepis von höchsten Höhen auf die Erde herunter und sieht sich die Katzbalgerei nach Mehl und Kartoffeln, nach Milch und Brot an.

Tiefernste Worte sind in ein fröhlich-besinnlich Spiel gekleidet, das doch der tiefen Tragik nicht entbehrt. Mit Lust und Liebe spielen Kinder das Spiel ihrer Zeit. Dieser zweiten, ausverkauften Vorführung folgt demnächst noch eine dritte Wiederholung.

Zwei billige Januar-Sonnabende im Zoo. In diesem Monat folgen die beiden billigen Sonnabende, die der Zoo monatlich eingeführt hat, einander. Am heutigen Sonnabend, dem 21. d. M., und am kommenden Sonnabend, dem 28. d. M., kostet bereits von 12 Uhr mittags ab der Eintritt für Erwachsene nur 50 Pf., für Kinder bis zu 10 Jahren nur 25 Pf. Dieselbe Ermäßigung gilt für das Aquarium.

Freie Sozialistische Hochschule

Heute, 19½ Uhr, Plenarsaal des ehem. Herrenhauses, Leipziger Straße 3, spricht Prof. Dr. Karl Landauer über das Thema:

„Vom Kapitalismus zum Sozialismus"

Einlaßkarten zum Preise von 50 Pf. (für Erwerbslose und Studierende zu ermäßigten Preisen) an der Abendkasse.

Das stadträtliche Privatgeschäft

Eine Berichtigung und unsere Antwort

Zu unserem Artikel „Deutschnationaler Korruptionssumpf“ schickt uns der Rechtsbeistand des deutschnationalen Stadtrats a. D. Wege folgende Berichtigung:

„Es ist nicht wahr, daß mein Mandant jemals Tantiemen oder Aufwandsgelder von der Müllabfuhrgesellschaft oder den Tochtergesellschaften bezogen hat in einer jährlichen Höhe, die das ganze Aktienkapital stark überstiegen. Ebenso unrichtig ist, daß Herr Stadtrat Wege sich für seine Tantiemen Aktien geben ließ, sie aber nur mit dem halben Preis bezahlte, um sie dann für doppeltes Geld an die Stadt weiterzuverkaufen. Herr Stadtrat Wege hat niemals Aktien an die Stadt Berlin verkauft. Es ist unrichtig, daß Herr Stadtrat Wege als Direktor bei der Müllabfuhrgesellschaft tätig war; ebenso ist es unrichtig, daß Herr Stadtrat Wege Magistratsdezernent für das Müllabfuhrwesen war. Herr Stadtrat Wege ist überhaupt in keiner Form als Mitglied des Magistrats in der Müllabfuhrgesellschaft und den mit ihr zusammenhängenden Gesellschaften tätig gewesen. Unrichtig ist infolgedessen auch, daß Herr Stadtrat Wege als Magistratsvertreter bei einem Schiedsgericht erschienen ist. Schließlich ist es auch unrichtig, daß wegen der Tätigkeit des Herrn Stadtrat Wege bei der Stadtschaftsbank, beim Pfandbriefamt und bei mehreren Baugesellschaften jemals ein Strafverfahren oder sonst ein Verfahren eingeleitet gewesen ist. Herr Stadtrat Wege war ursprünglich in das Verfahren, das jetzt hinsichtlich des Herrn Direktor Lettow die Strafkammer beschäftigt, durch eine Voruntersuchung hineingezogen worden. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ist jedoch das Verfahren von der Strafkammer eingestellt worden.“

Unsere Antwort

Es ist merkwürdig, daß der deutschnationale Wege jetzt, wo der Prozeß gegen den früheren Direktor der Müllabfuhrgesellschaft Lettow läuft, so berichtigungssüchtig wird. Als in der Stadtverordnetenversammlung vor Jahr und Tag diese Geschäftemacherei aufgedeckt wurde und die Zeitungen eingehend darüber berichteten, schwieg man in allen Tonarten. Aus dem Stenogramm der Sitzungen stellen wir fest:

Wege ließ sich im Dezember 1926 seine **Dividende von 1200 Mark in Aktien der Viktoriapark**-gesellschaft (Tochtergesellschaft) aus dem Portefeuille der „Güla“ (Tochtergesellschaft) zahlen und kaufte diese Aktien, die einen Wert von 400 Mark hatten, für 200 Mark. Nach der Anzeige des Herrn Krüger, wodurch das Strafverfahren in Fluß kam, verkaufte Wege diese Aktien dann für den Preis von 800 Mark an die Bemag, also an die Stadt Berlin.

Dieser ehemalige deutschnationale Stadtrat Wege bezog weiter nach dem Stenogramm von einer Tochtergesellschaft pro Monat 400 Mark Gewinn und als Aufsichtsrat der „Güla“ pro Monat 220 Mark Aufwandsentschädigung, obschon beide Gesellschaften je nur 6100 Goldmark Kapital hatten. Dabei saß aber Wege im Magistrat, war also über die Absichten des Magistrats gegenüber der Müllabfuhrgesellschaft unterrichtet und konnte seine Kenntnisse im Interesse dieses ganzen Komplexes von Gesellschaften gut verwerten.

Ob Wege Direktor der Gesellschaften war oder nicht, ist nebensächlich. Jedenfalls hat er neben dem offiziellen Magistratsvertreter in dem erwähnten Schiedsgericht gesessen, obschon er Interessenvertreter der Gesellschaften und gleichzeitig Stadtrat war.

Das genügt zur Charakterisierung dieses deutschnationalen Stadtrats.

Ueber die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen Wege ist im Mai 1931 in den Zeitungen berichtet worden, ohne daß es damals bestritten wurde.

Aktienkäufe um Lettow

Unreelle Bürgschaftsprovision?

Im Lettow-Prozeß ist man gestern ein gutes Stück vorwärts gekommen. Die Vernehmung des Angeklagten zum ersten Fragenkomplex konnte beendet werden. Am Montag marschieren die ersten Zeugen auf.

Es wird Lettow zur Last gelegt, daß sein Privatunternehmen, die Bipa, in hohem Maße die Kredite der Bemag, deren Direktor er war, in Anspruch genommen habe, ohne für diesen Kredit die üblichen Zinsen zu zahlen. Als dann aber die Bemag, nicht zuletzt durch die Finanzierung der Bipa, in Geldschwierigkeiten geraten sei, habe die Bipa die sich in ihrem Besitz befindlichen und mit Bemag-Geldern gekauften Bemag-Aktien nur gegen eine übermäßig hohe Bürgschaftsprovision zur Verfügung gestellt.

Der Angeklagte Lettow erklärt folgendes: Im Gegensatz zur ursprünglichen Zusage hatte die Bemag nur einen dreijährigen Vertrag mit der Stadt erhalten. Ein langfristiger Vertrag war aber bei den langfristigen Investierungen unbedingt erforderlich. Um die Stadt zu einem solchen Vertrag zu bewegen, beschloß die Bemag, ihre Aktien aufzukaufen; sie sollten der Stadt später angeboten werden, um auf diese Weise ihr Interesse an der Bemag zu erhöhen. Da es aber Aktiengesellschaften verboten war, ihre eigenen Aktien aufzukaufen, geschah dies durch die Bipa, der zu diesem Zwecke von der Bemag Gelder zur Verfügung gestellt wurden. Die Bipa war gewissermaßen nur Treuhänderin der Bemag. Aus diesem Grunde sei es auch gar nicht erforderlich gewesen, für die zur Verfügung gestellten Kredite Zinsen zu zahlen. Es wird aber dem Angeklagten nachgewiesen, daß unmöglich die gesamten Kredite, die die Bemag der Bipa gewährt hatte, zum Ankauf der Bemag-Aktien verwendet sein konnten. Von den aufgekauften Bemag-Aktien im Gesamtwerte von 640 000 Mark befanden sich im Jahre 1924 im Besitze der Bipa bloß 300 000 Mark Aktien. Sie schuldete aber damals der Bemag 900 000 Mark, **also mindestens 600 000 Mark hatte die Bipa von der Bemag unabhängig von den Aktienankäufen erhalten.** Lettow gibt auch zu, daß seiner Ansicht nach die Gelder verzinst werden mußten, das sei auch am 1. Januar 1925 mit Rückwirkung geschehen; es sei aber im Jahre 1924 nicht möglich gewesen, Zinsen zu zahlen, weil damals der Zinsfuß noch sehr wechselnd war. Der Vorsitzende hielt dem entgegen, daß im Jahre 1924 etwa 60 Proz. jährlich Bankzinsen gezahlt wurden und daß zweifellos auch die Bemag ihre Kredite nicht umsonst bekam. Die endgültige Klärung dieses Fragenkomplexes wird bis zur Beweisaufnahme zurückgestellt. Ebenso die Klärung der Frage der übermäßigen Bürgschaftsprovision. Lettow behauptet, daß der Kurs von 200 Proz. für die Bemag-Aktien auf Vereinbarung der Stadt mit Bankier Simon festgestellt worden sei, **er also mit der Einschätzung der Aktien nichts zu tun gehabt habe.** Der Staatsanwalt bleibt aber vorläufig der Ansicht, daß sich Lettow in diesem Falle der Untreue schuldig gemacht hat.

Schlechte Winterhilfe

Beratung im Stadtgemeindeausschuß

Die mangelhafte „Winterhilfe“ der Reichsregierung hat bei den Hilfsbedürftigen besonders deshalb Erbitterung ausgelöst, weil die Durchführungsbestimmungen in Grenzfällen zu besonderen Härten führen. Bei der Ausgabe der Karten für die Fleisch- und Kohlenverbilligung zum Beispiel waren Versicherungsrentner, deren Einkommen lediglich aus der Rente besteht, nicht bedacht worden.

Die Sozialdemokraten hatten deshalb in der gestrigen Sitzung des Stadtgemeindeausschusses im Rathaus einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, wonach die Winterhilfsmaßnahmen der Reichsregierung auch für diejenigen Versicherungsrentner (Invaliden-, Witwen- und Angestelltenrentnern) gelten sollen, deren Einkommen lediglich auf die Rente aufgebaut ist. Der Antrag wurde zur Erledigung einem Unterausschuß überwiesen.

Bei den weiteren Beratungen spielte ein sozialdemokratischer Antrag wegen der Arbeitszeit des Pflegepersonals in den Hospitälern Buch-Mitte und Buch-Ost eine größere Rolle. Man war im Stadtgemeindeausschuß allgemein der Auffassung, daß die Verwaltung in Buch voreilig gehandelt hat. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Vertreter waren gegen die Einführung der geteilten Arbeitszeit in den Hospitälern.

Für die weltliche Schule

Im überfüllten „Elysium“ in der Prenzlauer Allee veranstaltete die Neue Freie Schulgemeinde eine Matinee zum Besten bedürftiger Kinder der weltlichen Schulen. Ein Orchester, wie es in Berlin wohl kein zweites gibt, brachte Lieder und Konzertstücke zum Vortrag. In diesem Orchester, das etwa 100 Mitglieder hat, sind so ziemlich alle Instrumente vorhanden, die für ein Schülerorchester nur irgendwie erreichbar sind, Geigen, Zithern, Mundharmonikas, Akkordeons, Glockenspiele, Schlagzeug usw. Rechnet man außerdem hinzu, daß Chor und Orchester, zusammen etwa 280 Musikanten, aus 7- bis 14jährigen Schülern bestehen, so wird man einsehen, daß es für den Dirigenten keine leichte Arbeit war, diese Masse von ungeschulten Kräften zu einer Harmonie zusammenzufassen. Der große Beifall des Publikums zeigte, daß diese Zusammenfassung ausgezeichnet gelungen ist. Im zweiten Teil des Programms führten 150 Kinder einer anderen weltlichen Schule R. A. Stemmles musikalisches Spiel „Achtung! Achtung! Hier Welle ABC!“ auf, das noch aus vorfreiherrlichen Zeiten vom Rundfunk her in guter Erinnerung ist. Hier fiel es besonders auf, wie selbst die Jüngsten der Schüler ohne Scheu, ungekünstelt und vollkommen natürlich spielten, als ob sie sich nicht auf der Bühne, sondern beim Spiel unter sich befänden. Rektor Schröter hielt zum Schluß eine kurze Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die Reaktion sich jetzt auch in den Schulen noch mehr als bisher breitmachen wolle. Angesichts dieser Tatsache müsse zu Beginn der neuen Einschulungen, allen Arbeitern, allen Sozialisten und Republikanern zugerufen werden: **„Eure Kinder gehören in die weltliche Schule!“**

In wenig Worten

Der 3000-Tonnen-Frachtdampfer „City of Exeter“ hat durch SOS-Rufe, die in New York aufgefangen wurden, sofortige Hilfe angefordert. Der Dampfer befindet sich 600 Meilen östlich von Kap Race (Neufundland).

*

In München wurden der 38 Jahre alte Schuhmachermeister Wagner, seine gleichaltrige Frau und sein 6 Jahre altes Töchterchen durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Man vermutet, daß Wagner sich und seine Familie im Laufe der Nacht durch Gas vergiftete. Der Beweggrund zur Tat ist unbekannt, doch dürften wirtschaftliche Sorgen nicht die Ursache gewesen sein.

*

Am Donnerstag ist die Temperatur in Leningrad auf minus 22 Grad gesunken. Eine Anzahl Dampfer, die auf dem Wege nach Leningrad waren, froren ein. Der Eisbrecher „Jermak“ brachte mehrere Dampfer, darunter auch ausländische, in den Leningrader Hafen.

*

In Richtenberg (Pommern) wurde eine Frau, die ihr fünfjähriges Pflegekind mit Faustschlägen und Stockhieben zu Tode mißhandelt hat, verhaftet.

*

Lessing-Theater. Die für heute, Sonnabend, angesetzte Premiere des Stückes „Der Kuß vor dem Spiegel“ im Lessing-Theater findet nicht statt.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Meist trübe, geringe Schneefälle, wieder langsam sinkende Temperaturen, mäßige Winde aus Nordost bis Nord. — **In Deutschland:** Ueberall Frostwetter, in vielen Gegenden leichte, im Südosten und Alpenvorland stärkere Schneefälle.

Achtung Abteilungsleiter!

Vorenzeige. Sonntag, den 29. Januar, allgemeine Flugblattverbreitung.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Achtung, Abteilungsleiter!

Die Funktionärkarten für das Jahr 1933 sind vom Bezirkssekretariat Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen, Zimmer 5, abzuholen. Aushändigung erfolgt nur gegen Ausweis des Abteilungsleiters. Das Bezirkssekretariat.

*

Männerchor Friedrichshain. Achtung! Heute, Sonnabend, 21. Januar, 19½ Uhr, findet im Brauerei-Ausschank Schultheiß-Patzenhofer, Landsberger Allee, die Generalversammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Sangesbrüder Pflicht!

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

5. **Kreis.** Achtung, Bezirksverordnetenfraktion! Montag, 23. Januar, 18 Uhr, findet im Bezirksamtsgebäude, Zimmer 129, eine außerordentliche Fraktionssitzung statt.

7. **Kreis.** Heute, 18 Uhr, Kreisvertreterversammlung im Wohlfahrtssaal, Königin-Elisabeth-Str. 6. Mitgliedsbuch und Mandat sind am Eingang vorzuzeigen.

7. **und 8. Kreis.** Heute fällt die Juristische Sprechstunde wegen der Kreisdelegiertenversammlung aus.

8. **Kreis.** Sonntag, 22. Januar, ab 9 Uhr, in Kochs Festsälen, Feldstr. 52, Kreisvertreterversammlung. Aufgaben des Reichsparteitages. Referent: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R. Aufstellung der Delegierten.

14. **Kreis.** Montag, 23. Januar, Kreisvertreterversammlung im Lokal Bergschloßhöhe, Karlsgartenstr. 6—11. Aufgaben des Reichsparteitages. Referent: Siegfried Aufhäuser, M. d. R. Engerer Vorstand und Abteilungsleiter um 18½ Uhr Zusammenkunft am gleichen Ort.

18. **Kreis.** Montag, 23. Januar, Kreisvertreterversammlung im kleinen Saal des Stadttheaters Köpenick, Friedrichstr. 8. Aufgaben des Parteitages. Referent: Carl Litke, M. d. R.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Mitte. Abt. Pappelplatz. Heute Jahres-Elternversammlung im Heim Elisabethkirchstr. 10, von 20—22 Uhr.

Prenzlauer Berg. Heute, 18 Uhr, Baracke III, Basteln mit Hein Allgenstitz.

Kreuzberg. Alle Abteilungsleiter senden umgehend die Listen der Roten Falken, die in die SAJ. überführt werden sollen, an die Kreisleitung ein. — Abt. Kottbusser Tor. Sonntag Fahrt nach dem Grunewald. Schlittschuhe mitbringen, wenn genügend Schnee fällt, auch den Schlitten. Kosten 40 Pf. Treffpunkt 9 Uhr Falkenecke, Kottbusser Tor.

Charlottenburg. Heute, 16 Uhr, Falkenrat im Kreisheim. Fußballabteilung. Wir treffen uns morgen, 10 Uhr, Wilmersdorfer Straße Ecke Kurfürstendamm zum Spiel gegen die Freie Turnerschaft Wilmersdorf auf dem Sportplatz am Preußenpark. Beginn 10½ Uhr. Alle Falken sind eingeladen.

Lichtenberg. Abt. Aufbau. Morgen treffen wir uns um 8 Uhr auf dem Wilhelmplatz zur Fahrt nach Müggelheim. Fahrgeld 30 Pf.

Friedrichshain. Abt. Landsberger Platz. Treffen am Sonntag zur Gruppenfahrt nach dem Grunewald um 9 Uhr an der Falkenecke. Kosten 20 und 10 Pf. **Ende 18 Uhr. Bei genügendem Schnee Schlitten mitbringen, sonst Schlittschuhe.**

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

28. Abt. Am 17. Januar verstarb unser langjähriges Mitglied, der Genosse Fritz Schulz, Seestr. 109. Ehre seinem Andenken. Die Einäscherung findet am Montag, dem 23. Januar, 18 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Um rege Beteiligung ersucht die Abteilungsleitung.

102. Abt. Am Dienstag, dem 17. Januar, verstarb unsere Genossin Lucie Wuszka im 48. Lebensjahre. Ehre ihrem Andenken. Trauerfeier heute, Sonnabend, 21. Januar, 18¼ Uhr, Krematorium Baumschulenweg. Um restlose Beteiligung bittet der Vorstand.

125. Abt. Am 17. Januar verstarb unser langjähriger Genosse Karl Dreuß, Buschallee 86. Er war 82 Jahre Mitglied der Partei. Ehre seinem Andenken. Einäscherung heute, Sonnabend, 21. Januar, 16 Uhr, Krematorium Baumschulenweg. Um rege Beteiligung bittet der Vorstand.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts.

Wanderleiterkonferenz Montag, 23. Januar, pünktlich 19.30 Uhr, im Heim Lindenstr. 4, vorn 1. Lichtbildervortrag: Geologisches und Naturkundliches. Referent: Genosse B. Schulz.

Berichtsbogen. Noch immer stehen einige Abteilungen mit den Berichtsbogen aus.

Bezirksvorstand 19½ Uhr in der Arbeiterbildungsschule kurze Sitzung.

Referentenschule pünktlich 18 Uhr im Raum der Arbeiterbildungsschule.

Der Mönchenkursus fällt heute aus.

Heute, Sonnabend, 21. Januar:

Falkplatz II: Sonnenburger Str. 20. Tanzabend. — **Norden und Humboldthain:** Morgen Besichtigung der Feuerwache Oderberger Straße. Treffpunkt 9 Uhr Vinetaplatz. Normaluhr. — **Hallesches Tor:** Treffpunkt 18 Uhr Rote Ecke. — **Südwest:** Treffpunkt 18 Uhr Belle-Alliance-Platz oder 19 Uhr Lehrter Bahnhof zum Wochenendkursus in Briefelang. Morgen, 6½ Uhr, Belle-Alliance-Platz, oder 7½ Uhr Lehrter Bahnhof. — **Arnswalder Platz** II: Morgen Treffpunkt zur Fahrt um 9 Uhr Bahnhof Weißensee.

Werbebezirk Tiergarten: Delegiertenkonferenz 19 Uhr bei Schmidt, Wielefstraße 17.

Werbebezirk Wedding: 19 Uhr Baden Gerichtstraße. Nachdem Spieltruppe Ledigenheim. Morgen Bildungsobleutesitzung 18 Uhr Wildenowstr. 1. Delegiertenkonferenz 18½ Uhr ebendort.

Werbebezirk Kreuzberg: Wochenendkursus in Briefelang. Treffpunkt 19 Uhr Lehrter Bahnhof, Nachzügler morgen, 7½ Uhr, ebendort. Jugend und Partei. Referent: Genosse Dr. Wachter.

Werbebezirk Westend: Aktionsgruppenfahrt nach Briefelang. Treffpunkt 20 Uhr Bahnhof Charlottenburg.

Werbebezirk Reinickendorf: Spieltruppe „Galgenvögel“ bei Matter, Eichbornstraße, pünktlich 18 Uhr Studio, 19 Uhr Szenenprobe, 20 Uhr Chor. Morgen, 10 Uhr, Delegiertenkonferenz in Wittenau, Hauptstr. 18. Mitgliedsbuch mitbringen. 9 Uhr ebendort Sitzung mit den Gruppenleitern.

Werbebezirk Pankow: 17½ Uhr Delegiertenkonferenz in der Wiesenbaude an der Industriebahn Blankenburg. 19½ Uhr Mitgliederversammlung (Bunter Abend). Morgen Solidaritätsnachmittag in Blankenburg um 15 Uhr, Dorfstr. 2, bei Klug.

Werbebezirk Teltowkanal: Morgen, 10 Uhr, Steglitz, Albrechtstr. 47, Vorstandssitzung. 11 Uhr Delegiertenkonferenz.

Werbebezirk Lichtenberg: Montag Vorstandssitzung in der Bibliothek Weichselstraße 28.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Morgen, Sonntag, 22. Januar, finden folgende Veranstaltungen statt: **Mädchenkursus:** 9½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, Saal 8. Wie steht das junge Mädel zu ihrem Beruf? — **Wanderleiterkursus** im Saal 11 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24—25. Beginn 10 Uhr. Die Rechte und Pflichten des Wanderleiters. — **Westkreis:** Jugendheim Spandau, Lindenufer 1. Karl Liebknecht — Rosa Luxemburg. — **Südostkreis:** Jugendheim Tempelhof, Germaniastr. 4—6. Proletarierschicksal. — **Nordostkreis:** Jugendheim Pankow, Görschstr. 14. Republik Spanien. — **Nordkreis:** Jugendheim Reinickendorf. Probe unserer Laienspieler. — **Südkreis:** Ab 10 Uhr im Jugendheim Bergstraße 29. Singestunde unter Leitung des Genossen Hoffmann. — **Ostkreis:** Jugendheim Diestelmeyerstr. 3. Kreismitgliederversammlung. Aussprache über unsere bisherige Arbeit. — **Kreiskursus:** 9½ Uhr im Jugendheim des Ostens, Große Frankfurter Str. 16, Zimmer 5. Gegenwartsaufgaben der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. — **Jugendgruppe des Gesamtverbandes:** Auf zur Fahrt nach der Machnower Schleuse — Hellsee. Treffpunkt 9—9½ Uhr Endstation der Straßenbahnlinie 96, Machnower Schleuse. — Montag, 23. Januar. **Fotokursus** im Jugendheim des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24—25. Beginn 19½ Uhr. Behandelt wird: Das gute Positiv.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Kreuzberg (Ortsverein). Sonntag, 22. Januar, 10 Uhr, Generalversammlung im Rest. zum Schultheiß-Ausschank, Hasenheide 22—31. Anzug: **Bundeskleidung.** — **Treptow** (Ortsverein). Sonnabend, 21. Januar, 19½ Uhr, Jahresversammlung mit Neuwahlen im Lokal Rennbahn bei George. Alles erscheinen in RB.-Kleidung. Mitgliedsbuch legitimiert. — **Lichtenberg.** Kameradschaft Boxhagen. Sonntag, 22. Januar, Werbeabend im Logen-Casino, Knorrpromenade. Konzert, Tanz, Ansprache: Kamerad Dr. Haubach. Eintritt inkl. Tanz 50 Pf., Erwerbslose 30 Pf. Beginn 18 Uhr. — **Wassersportabteilung.** Zug Tegel. Wir treffen uns am Sonntag, dem 22. Januar, 13 Uhr, zum Eissport auf dem Malchsee, Nähe des Bootshauses. Achtung, Handballer! Sonntag, 22. Januar, pünktlich 13 Uhr, Sportplatz Reinickendorf, Scharnweberstraße. Spiel gegen Kanu III. — **Kameradschaft Reinickendorf-West.** Sonnabend, 21. Januar, Maskenball im Strandschloß Tegel. Eintritt 50 Pf. Kameraden anderer Ortsvereine sind herzlichst eingeladen.

Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands E. V., Ortsgruppe Groß-Berlin, Untergruppe Friedrichshain: Tagungslokal Bertallo, Hohenlohestr. 8. Montag, 23. Januar, 20 Uhr, Bastelabend. — **Untergruppe Lichtenberg:** Tagungslokal Bibliothek Weichselstr. 28. Freitag, 27. Januar, 20 Uhr. Wir konstruieren einen Empfänger. — **Untergruppe Neukölln:** Tagungslokal Klemt, Neukölln, Berliner Str. 100. Freitag, 27. Januar, 20 Uhr. Thema über Gleichrichtung. Referent: Genosse Ingenieur Schuchardt. — **Untergruppe Prenzlauer Berg.** Tagungslokal Klug, Berlin NO. 55, Danziger Str. 71. Dienstag, 24. Januar, 20 Uhr. Gruppenabend. — **Untergruppe Kreuzberg-Tempelhof:** Tagungslokal Restaurant Thiele, Fürbringerstr. 9. Freitag, 27. Januar, 20 Uhr, Gruppenabend. — **Untergruppe Gesundbrunnen:** Tagungslokal Kleines Gewerkschaftshaus, Stettiner Straße. — **Untergruppe Spandau:** Anschrift: Oskar Linke, Spandau, Eschenweg 10. — **Untergruppe Wilmersdorf:** Alte Wilmersdorfer Klause, Wilmersdorf, Berliner Straße. Dienstag, 24. Januar, 20 Uhr, Gruppenabend.

Naturwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft. Vortrag Stud.-Ing. Paul Kiekeber, Laboratorium, Neue Jakobstr. 16: „Gifte im Leben des Menschen“. Teilnahme kostenlos. Gäste willkommen. Dienstag, 24. Januar, 19½ Uhr.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 11 Uhr, Pappelallee 15, Vortrag des Herrn Professor A. Rosenberg: Das Weltbild der Gegenwart von der **Volkswirtschaft aus gesehen. Gäste willkommen.**

Zwei Lebende und ein Toter

Roman von Sigurd Christiansen

34]

Engelhardt faltete die Hände und legte sie andächtig auf den Tisch. „Das ist ganz was andres", sagte er. „Ist Herr Lüdersen damals durch den Schlag in Ohnmacht gefallen, um andre Postbeamte zu entflammen, ein gleiches zu tun, dann ziehe ich mich als überwunden zurück. Und ich bedaure auf das tiefste, daß die Macht eines solchen Beispiels sich nicht einmal auf seinen nächsten Kollegen erstreckte — wie hieß er doch gleich? — — diesen Berger, der also nicht in Ohnmacht fiel."

Ein homerisches Gelächter brach los. Aber alles nimmt einmal ein Ende, und Fräulein Larsen hatte Zeit, zu warten. Sie lächelte säuerlich: „Sie sind nicht umsonst ein so eifriger Bridgespieler, Herr Engelhardt. Sie mischen Ihre Karten vortrefflich. Es kommt durchaus nicht auf den einen an, der zu feige ist. Es kommt an auf die, die sich entflammen lassen wollen."

Engelhardt wandte sich höflich zu Lüdersen: „Ach so, Sie taten es nicht um der Kasse willen, sondern um der Tat willen, um des Beispiels willen?"

Lüdersen betrachtete ihn mit heimtückischer Unsicherheit.

„Ich tat es, um zu retten, was zu retten war", antwortete er verdrossen. „Uebrigens geht es weder Sie, noch andre was an, warum ich es tat. Sie brauchen sich's also nicht weiter zu Herzen zu nehmen."

Ein belustigtes Grinsen verunzierte Engelhardts Gesicht. Er knipste begeistert mit den langen dünnen Fingern und nickte verständnisinnig zu Fräulein Larsen hinüber.

„Großschlemm", sagte er.

Worauf Fräulein Larsen sich empfahl mit einem verwunderten Abschiedsblick auf Lüdersen. Als ihr letztes Gerassel verklungen war, arrangierten Engelhardt und Tornfelt eine Bridgepartie, und Lüdersen blieb unbekümmert bei der Handarbeitsdame sitzen. Beide sprachen keinen Ton. Lüdersen war noch bei Fräulein Larsens Blick, besonders aber bei seiner eigenen Antwort an Engelhardt. Es schwante ihm, daß diese eine taktische Dummheit gewesen war. Was zum Donnerwetter ließen sie ihn nicht in Ruhe — dieser Engelhardt und dieses alte Weibsbild!

Tags darauf fuhr er ab, aber er ahnte nicht, was ihm bevorstand.

2.

Rognos' Geständnis war in seinen Folgen für Berger entscheidender, als er anfangs für möglich hielt. In den Tagen zwischen dem Erlebnis und der Ankunft des Geldes in der Postverwaltung machte er eine seltsame und überraschende Entwicklung durch.

Am ersten Morgen wachte er auf unter dem Druck eines dumpfen Gefühls, die große Chance seines Lebens verpaßt zu haben, auf die er sein ganzes Dasein und alle seine Hoffnung gesetzt hatte. Niemals würde der Fall nun aufgeklärt werden. Nie würde der Augenblick kommen, wo Lüdersen zugeben mußte, daß die Demütigungen aller dieser Jahre ungerechtfertigt gewesen waren.

Ach, dachte er bitter, nun wird er in alle Ewigkeit über mich triumphieren. Daran ist bloß meine eigne Schwäche schuld. Ich weiß es. Aber Rognos verkaufen, um mich selber freizukaufen, nein, das kann ich nicht. So wie es jetzt ist, hat doch wenigstens er eine Chance. Und er wird sie schon ausnutzen, wie er soll. Deshalb ist es für ihn und alle andern das beste, er bleibt unbestraft. Bloß für mich nicht!

Zum erstenmal merkte er, daß sein Groll auf Lüdersen sich so gesteigert hatte, daß man es wohl Haß nennen durfte. Ein Haß, der ihn aufrieb und der ihm das Herz zusammenpreßte. Und gleichzeitig war er voll Unruhe um Rognos. Er war mehrmals drauf und dran, doch noch einmal zu ihm zu gehen. Bloß um zu wissen, wie ihm zumute war. Aber er brachte es jedesmal fertig, sich zu beherrschen, trotzdem er sich die Freundschaft für ihn nicht aus dem Herzen reißen konnte.

Es ist ja Wahnsinn, mußte er sich selbst eingestehen. Letzten Endes ist doch er an allem schuld. Er ist schuld an Quisthus' Tode und er ist schuld daran, daß Lüdersen mich demütigen durfte. Aber er hat mich an Händen und Füßen gebunden.

Ein einziges Mal geschah es, daß Helene ihre Frage wiederholte, ob er nicht — trotz allem — die Sache der Polizei anzeigen wolle.

Da antwortete er aufgebracht: „Was soll mir Rognos? Lüdersen will ich treffen."

„Lüdersen?"

„Ja, Lüdersen. Keinen andern als Lüdersen. Hat Rognos mich je von oben herab angesehn? Hat Rognos sich je meine Rechte angemaßt? Ich weiß, das Geschehene ist nie wieder gutzumachen. Und ich bin zufrieden auch ohne das. Den Tag, wo ich Lüdersen zur Einsicht bringe, erkläre ich mich befriedigt und völlig rehabilitiert."

Sie zuckte unmutig die Achseln. „Der Tag kommt nie."

Aber er antwortete ihr eifrig und erregt: „Wie kannst du das wissen? Ich wenigstens habe Lust, den Burschen noch mal zu stellen. Wenn ich nur wüßte wie ich es am besten anfangen könnte."

Da antwortete sie mit herbem Spott: „Frag doch Rognos."

Er starrte sie an, als hätte sie ihm ins Gesicht geschlagen, ohne daß er den Grund ahnte.

„Rognos?"

„Ja, dem gelingt es ja prächtig, alles so zu drehen, wie er es haben will. Da kann er dir am Ende auch helfen."

Berger war wie mit Blut übergossen. Und er ging weg von ihr und fühlte sich gekränkt, in Rognos' Seele hinein wie auch in seine eigene.

Und doch: mit diesem Gespräch fing es eigentlich an. Es hatte ein Samenkorn in ihn geworfen und das wuchs nun mit einer so reißenden Geschwindigkeit, daß es ihn fast berauschte. Tief erschrocken versuchte er, das von ihr Gesagte und die darin enthaltene unwiderlegliche Wahrheit loszuwerden. Aber schon hatte sich seine Phantasie entzündet. Sie steigerte sich zu einem nervösen Fieber und wurde zuletzt zu einem Zwang.

Konnte Rognos alle die vielen Auswege finden, warum sollte ich nicht den einen finden können? dachte er. Weigert sich der Zufall, mir zu helfen, muß ich mir eben selber helfen.

Er suchte und suchte. Erst tastend und unsicher, dann mit größerer und größerer Kühnheit. Viele Einfälle kamen ihm, und doch sah er, daß keiner der rechte war.

Führte nun auch all dies Kopfzerbrechen zu keinem positiven Ergebnis, so hatte es doch eine andere Folge: Die Wut auf Lüdersen, die ihn ganz erfüllte, wuchs. Es wurde zu einer Zwangsvorstellung, daß er ihn treffen und über ihn triumphieren müsse, es koste, was es wolle.

Eines Tages fragte Helene ihn: „Was fehlt dir eigentlich? Du bist so blaß und nervös."

Aber er verneinte erregt: „Mir fehlt nichts."

Da sah sie ihn ernst und voll Besorgnis an. „Ich habe Angst um dich. Du siehst aus, als ob du dir was antun könntest."

Er lächelte schief. „Ach", sagte er, „was würde das ausmachen?"

„Denke dran, daß du Frau und Kind hast."

Mit einem Achselzucken antwortete er: „Daran habe ich lange genug gedacht. Vielleicht darf ich jetzt auch mal an mich denken."

„Was soll das heißen?"

„Nichts Besonderes. — Es flog mir nur so durch den Kopf." Und er wich ihrem forschenden und erschrockenen Blicke aus.

„Ich glaube, du sehnst dich nach Rognos", sagte sie plötzlich. „Nicht wahr?"

Er schüttelte den Kopf. „Nein, ich bin nur froh, daß er wenigstens aus allem heraus ist."

„Ich begreife dich nicht", sagte sie. „Nein, nein, ich begreife dich nicht."

Kurz darauf fragte sie: „Ist er weg?"

„Ja, er war schon weg, als das mit dem Geld in der Zeitung stand."

„Woher weißt du das?"

Er sah zur Seite und antwortete nicht.

„Hast du nach ihm gefragt?"

Ohne die Augen zu heben, antwortete er: „Ich war an seiner Tür, die Karte war fort. Und eine neue hing da."

„Davon hast du mir nichts erzählt?"

Er sah schuldbewußt aus. „Ich habe mich wohl geschämt", sagte er, „aber ich konnte nicht anders." (Fortsetzung folgt.)

Der Krieg ohne Tote

Groteske / Von Hans Weidner

Es ging nicht mehr weiter. Die Welt erstickte im Warenüberfluß und erwürgte sich selbst am Warenhunger der arbeitslosen Millionen. Als kein Mensch mehr an das Ende der Weltwirtschaftskrise glaubte, kam in Genf der rettende Einfall. Es wurde der Krieg ohne Tote erklärt.

Der Krieg ohne Tote ist ein Krieg, wo es keine Toten gibt. Es gibt aber auch keine Verwundeten, keine Vergasten, nicht einmal Zivilverletzte. Es findet lediglich eine Materialvernichtung statt.

Dieser Krieg wurde folgendermaßen organisiert. Nach geheimen Besprechungen der Regierungsvertreter trat die 48. Abrüstungskonferenz zusammen. Zur größten Ueberraschung endete sie mit einem Erfolg. Alle Vorschläge der Konferenzteilnehmer fanden einstimmige Annahme. Alle Beschlüsse wurden sofort von allen Regierungen ratifiziert.

Die Welt stand vor einem Rätsel, das sich aber schnell löste, als Einzelheiten über diese Abrüstungskonferenz durchsickerten. Nicht eine Ab-, sondern eine Aufrüstungskonferenz war es, die zusammengetreten war. Riesige Rüstungspläne wurden beschlossen. Gegen wen richteten sie sich? Eine neue Auflage des alten Weltkrieges von 1914? Beim heutigen Stand der Kriegstechnik ein furchtbarer Gedanke! Die Massen wurden unruhig. Die radikalen Parteien rührten sich. Es stand zu befürchten, daß die einberufenen Soldaten meutern, daß sie sich gegen die geplante Massenvernichtung auflehnen und am Ende des Krieges die rote Fahne hissen würden. Und dann wäre der ganze Planet dem Bolschewismus anheimgefallen.

Aber es kam ganz anders. An einem Tage des Jahres 19 . . . erging von Genf aus an alle dem Völkerbund angeschlossenen Regierungen der telegraphische Befehl, sich sofort den gegenseitigen Krieg ohne Tote zu erklären. Für den Weigerungsfall waren die schwersten militärischen Sanktionen angedroht. Sie erwiesen sich aber als überflüssig. Der Krieg ohne Tote wurde von allen Seiten angenommen. Jeder der 54 Staaten des Bundes benachrichtigte alle 53 anderen, daß zwischen ihnen der totenlose Kriegszustand eingetreten sei. 54 mal 53, das macht 2862 Kriegserklärungen! 2862 diplomatische Vertreter forderten ihre Pässe und erhielten sie. Damit waren alle Beziehungen abgebrochen. Der Weltkrieg ohne Tote war da!

Die Volksmassen aller Länder begrüßten überall den Ausbruch des Krieges ohne Tote mit begeisterten Demonstrationen. Die feindlichen Ausländer wurden landesverwiesen oder interniert, die radikalen Parteien verboten und der Burgfrieden proklamiert. Ueberall wurden die Parlamente einberufen, um die Kriegskredite zu bewilligen. In den faschistischen Ländern fanden extra zu diesem Zwecke demokratische Wahlen statt.

Die Kriegsbegeisterung der Wähler und der Abgeordneten war ungeheuer. Die Höhe der Kriegskredite war für jedes Land in den Geheimabmachungen der Aufrüstungskonferenz bestimmt worden. Sie sollte durchschnittlich 1000 Dollar pro Einwohner betragen. Die Finanzsachverständigen erklärten die Aufbringung dieser gewaltigen Summe für durchaus möglich, wenn a) alle Zollmauern beseitigt, wenn b) der internationale Warenverkehr für Kriegs- und Zivilzwecke durch Vermittlung des Roten Kreuzes gewährleistet und wenn endlich c) die bewilligten Summen auch wirklich ausgegeben würden. Sollten die bewilligten Gelder aber nicht verpulvert werden, so würden sich, sagten die Sachverständigen, die größten Schwierigkeiten ergeben.

Alle diese Bedingungen wurden von allen Regierungen angenommen und auch innegehalten. Und nun kam der Krieg. Es ist überflüssig, ihn in allen Einzelheiten zu schildern, jeder kann sich vorstellen, wie sich ein Krieg ohne Tote eben abspielt.

Für die bewilligten Gelder werden sofort Kriegsmaterialien gekauft, Munition, Tanks, Kanonen, Flugzeuge, Panzerschiffe, Gewehre, Unterseeboote. Millionen von Menschen werden unter die Waffen gerufen. Millionen Uniformen und Ausrüstungen müssen geliefert werden, die Verpflegung der Heere reißt die ersten Löcher in die Getreidelager, Konservenvorräte usw. Die stillliegenden Viehzüchtereien und Geflügelfarmen bekommen neues Leben und liefern bald Fleisch, Milch, Eier, Butter und Leder. Anfangs gibt es eine kurze Eierknappheit, weil sie die ersten zehn Millionen Eier in den Brutmaschinen in Küken verwandeln müssen. Auch das Kalbfleisch wird knapp, weil man Zuchtvieh braucht.

Bald beginnt auf den früher vereinsamten Riesenfarmen ein fröhliches Gegacker. In den Ställen hört man das Muhen der Kühe und das dumpfe Klatschen fallender Fladen. Ueberall neues Leben, neue Zeugung, es feuchtet und leuchtet von Fruchtbarkeit und Segen.

Das Hungerelend in den Städten und Ländern verschwindet. Die Notgletscher der Arbeitsmillionen schmelzen zusammen, die Industrien zahlen hohe Löhne, die nach den Jammerjahren der endlosen Krise als fürstlich zu bezeichnen sind. Und das Geld kursiert und wird wieder ausgegeben: ein Dasein beginnt mit Saus und Braus. Mit der altdeutschen, altfranzösischen, altschweizerischen, altenglischen und altrömischen Sparsamkeit ist es aus und vorbei.

Die mobilisierten Armeen rücken ins Feld. Sie beziehen ihre Stellungen in den Schützengräben und Etappen. Die Truppenführer veranstalten unter den Mannschaften täglich große Uebungen im Vielessen zwecks Verminderung der in unheimlichen Mengen anrollenden Vorräte von Fleisch, Brot, Käse, Obstkonserven, Wein, Schnaps, Zigarren und Zigaretten.

In den Offizierkasinos herrscht ständiger Ball- und Bardbetrieb. Die Beförderung reguliert sich nach der Zahl der täglich geleerten Wein- und Likörflaschen.

Armeeangehörige, die wegen Magenverstimmung oder wegen anderer überschwänglicher Erfüllung ihrer Dienstpflichten vorübergehend oder dauernd kriegsuntauglich sind, finden Pflege und Heilung in den vom Roten Kreuz märchenhaft eingerichteten Lazaretten, die natürlich in diesem Krieg ohne Tote ganz andere Aufgaben haben, als in einem Krieg mit Toten. Die Leitung in diesen Lazaretten liegt ausschließlich in den sanften Händen schöner Frauen und Mädchen.

Die Generalstäbe haben viel Arbeit. Strategisches Hauptprinzip in allen Stäben ist, die Landesgrenzen nicht zu überschreiten. Es darf auch kein Gewehr über die Grenze abgefeuert werden. Kein Flieger darf sie überfliegen. Die Geschütze nehmen entsprechenden Abstand vom feindlichen Ausland.

Schließlich beginnen die Operationen.

Die anrollenden Granaten werden fortlaufend im freien Feld oder gegen Felsen verschossen. Nur die modernsten Schnellfeuergeschütze treten in Aktion. Maschinengewehre rattern bis zur Weißglut und werden dann sofort durch neue ersetzt. Die Flieger unternehmen Vorstöße ins eigene Hinterland. In bewohnten Gegenden schießen sie blind, in unbewohnten Gegenden scharf. Gasmasken, hundert hintereinandergeschaltet, stehen jedermann in unbeschränkter Menge zur Verfügung.

Gelegentlich werden ganze Dörfer genommen und unter Trommelfeuer genommen. Zu ihrem Wiederaufbau ist dem Kriegsbudget eine bestimmte Summe entnommen und dem Wiederaufbaukonto übertragen worden. Die evakuierten Bewohner erhalten für die ganze Dauer der Feindseligkeiten den doppelten Betrag ihrer höchstmöglichen Alters-, Invaliden-, Unfall- und Sterbeunterstützung ausbezahlt, unbekümmert darum, ob sie alt oder jung, gesund oder krank, tot oder lebendig sind. Natürlich haben die Bauarbeiter alle Hände voll Arbeit.

Schließlich sei noch bemerkt, daß von Zeit zu Zeit Veranstaltungen in der Art der venezianischen Nächte stattfinden. Es werden Brandraketen, Leuchtkugeln, Flammenwerfer, tausend Geschütze auf einmal abgeschossen oder in Funktion gesetzt. Scheinwerfer in allen Farben spielen dazu, bengalisches Gewitter. Dann brausen leere Panzerzüge, großartig beleuchtet und beleuchtet, gegeneinander oder rasen in schauerliche Abgründe. Wo es keine Abgründe gibt, werden welche ausgehoben. Tankwagen mit Oel und Benzin werden zur Explosion gebracht. Und das zivile Volk, von der Feldgendarmerie in gebührenden Abstand gehalten, drängt sich herbei und freut sich an dem farbenprächtigen, donnernden Schauspiel.

Jahrelang dauert dieser kriegerische Hochbetrieb.

Die Völker leben und atmen auf. Die unendlichen Jahre der schwersten Krise sind verschwunden. Wohin sind sie verschwunden? Der Krieg ohne Tote hat sie verschlungen!

Dann endlich kommt der Tag, wo es nicht mehr weiter geht. Die Leiter der Kriegswirtschaftsämter erklären, die fieberhafte Produktion komme dem fieberhaften Verbrauch nicht mehr nach. Jetzt sei es an der Zeit, Frieden zu schließen. Der Frieden kommt. Der Krieg ohne Tote ist aus.

Die diplomatischen Fäden sind angeknüpft. Schießen, Fliegen und Tankfahren hört auf. Die Friedensverträge werden unterzeichnet. Die Armeen sind demobilisiert und die Bevölkerung kehrt zu ihrer friedlichen Tätigkeit zurück.

Der Frieden ist ausgebrochen.

Die Unternehmer bauen die Löhne ab, die Verwaltungsräte beschließen nach dem kurzen Aufschwung der Aufbauperiode die Einschränkung der Produktion, die Direktoren entlassen Arbeiter und Angestellte, die Soziallasten werden vermindert, die Waren bleiben unverkäuflich und die Speicher überfüllen sich wieder. Man predigt die Rückkehr zur Sparsamkeit.

In Amerika wird das Getreide verbrannt, in Brasilien der Kaffee ins Meer geschmissen, in den Südstaaten wird die Baumwolle unter die Erde gepflügt, Gummibäume werden umgehackt und der Welthandel sinkt wie ein Ballon ohne Gas in sich zusammen. Die Schiffe verfaulen in den Häfen und die Arbeitslosen — sind es 20 Millionen, sind es 30 oder gar schon 60 Millionen — sie essen kein Brot mehr, sie trinken keinen Kaffee mehr, sie tragen zerschlissene Kleider und Hemden. Sie essen altdeutsche Erbsen ohne oder altfranzösische Erbsen auch ohne Speck. Aber — wie lange noch? Wie lange noch?

Geschichten aus Schwaben

Der Unterschied

A.: „Was sieht der Unterschied zwischen einer Hundehütte und dem Völkerbund?"

Alles schweigt.

A.: „Na, die Hundehütte ist doch für den Hund; und der Völkerbund . . ."

Alle unisono: „Für die Katz!"

GRIPPE-GEFAHR! Mund- und Rachenhöhle desinfizieren mit Panflavin PASTILLEN

Unternehmerschande im Siegener Land

Nach der erfolgreichen Abwehr — Solche Hungerlöhne sollten noch abgebaut werden

Die schwerindustrielle Reaktion, die im Notstandsgebiet des Siegener Landes, bei den ärmsten Metallarbeitern Deutschlands, durch brutale Aussperrung einen Lohnabbau durchführen wollte, um dann auch im Ruhrgebiet und im ganzen Reich eine neue Lohnkürzungswelle vorwärtszutreiben, hat nachgeben müssen. Der Abbau wurde abgewehrt. Die einige Front der Ausgesperrten und der noch Beschäftigten, die Empörung der bürgerlichen Oeffentlichkeit, das energische Vorgehen der freien Gewerkschaften haben einen größeren Erfolg der Unternehmer verhindert.

Aber man ahnt ja im Reiche auch jetzt noch nicht, nachdem die Unternehmer klein beigeben mußten, welche Kulturschande hinter dem Vorgehen der Unternehmer steckte.

Darum muß nachträglich der Oeffentlichkeit bekanntgegeben werden, wie elend das Leben der Siegener Metallarbeiter schon war, und wie eisern die Stirn der Unternehmer sein mußte, hier noch einen Lohnabbau zu wagen.

Immer schon herrschte im Siegener Gebiet die Scharfmacherei. In der Tarifstatistik der Arbeiter und Angestellten des Siegerlandes ist wohl kaum ein halbes dutzendmal im Laufe des letzten Jahrzehntes eine freie Vereinbarung zu verzeichnen

Die Siegerländer Arbeiterschaft stand und steht in ihrem Verdienst gegenüber der Arbeiterschaft in gleichem Betriebe des Ruhrgebiets um durchschnittlich ein Viertel bis ein Drittel im Lohn zurück.

Der bisher gültige Tarif sah für Facharbeiter (!) von 18 bis über 24 Jahre einen Stundenlohn von 32 bis 58 Pf. (!) gestaffelt vor. Für die angelernten Arbeiter war der Lohn in acht Lohnstufen von 14 (!) bis 53 Pf. gestaffelt. Für die Hilfsarbeiter war eine Staffelung in acht Lohnstufen von 12 (!) bis 48 Pf. gegeben. Für die Arbeiterinnen war eine Lohnstaffelung in sechs Stufen von 12 bis 32 (!) Pf. eingesetzt.

In diesen Löhnen war auch noch ein Akkordausgleich von 1, 2 und 3 Pf. pro Stunde enthalten.

Angesichts der äußerst schweren Arbeit, die die Mehrzahl der Arbeiter in den Hochofen-, Stahl-, Walz- und Hammerwerken bei großer Hitze und in gasgeschwängerter Luft verrichten muß, war schon der bisher geltende Tarif einfach menschenunwürdig. Dennoch hat sich das Arbeitgebertum nicht geschämt, der Siegerländer Arbeiterschaft ein Lohndiktat zu verordnen, welches nach Abzug der Sozialleistungen Einkommen unter der Fürsorgunterstützung gebracht hätte.

Gleichzeitig mit dem Aushang des brutalen Lohndiktates war bei Nichtannahme zum 14. Januar die Entlassung ausgesprochen.

Das kulturschänderische Vorgehen der Unternehmer wurde selbst in Unternehmerkreisen abgelehnt. Mehrere Inhaber mittlerer und kleinerer Betriebe mit einer Gesamtbelegschaft von etwa 1500 Arbeitern haben nicht ausgesperrt und den alten Tarif weitergezahlt!

Wie ungeheuerlich sich das Unternehmerdiktat ausgewirkt hätte, sei an folgendem Beispiel gezeigt:

Ein Facharbeiter hätte bei dem Verdienst des Spitzenlohnes bei voller Arbeitszeit nach Abzug der Sozialbeiträge und Miete mit seiner fünfköpfigen Familie **täglich pro Person noch 51 Pf. zu verleben. Derselbe Arbeiter ohne Akkordverdienst nur noch pro Person 44 Pf.** Dasselbe Beispiel auf den Verdienst des angelernten Arbeiters angewandt, ergibt pro Person mit Akkordsicherung täglich 44 Pf., ohne dieselbe täglich nur noch 38 Pf. Der Hilfsarbeiter erreicht pro Person seiner fünfköpfigen Familie nach den gleichen Abzügen pro Tag nur noch 32 Pf.

Einem Gefangenen im Siegener Gerichtsgefängnis werden für das tägliche Essen 57 Pf. angerechnet, mehr als eine Arbeiterfamilie für Essen und Kleidung übrig hat.

Natürlich war es auch vor dem beabsichtigten Lohndiktat der Unternehmer nicht viel „besser"; denn es wurden ja jetzt nur 2 Pf. Lohnverschlechterung pro Stunde abgewehrt. Aber es ist doch einfach nicht zu fassen, daß in einem Kulturstaat Unternehmer es wagten, das Elend solcher Lohnzahlung noch vergrößern zu wollen.

Die so vom Arbeitgebertum mit ihren Frauen und Kindern in Hunger, Elend und große Not gestaßene Arbeiterschaft hatte sich in geschlossener Disziplin, gleichviel, ob organisiert oder unorganisiert, unter Führung der Gewerkschaften in den Kampf gestellt.

Es war ein Aufstand der Menschenwürde, der sich hier vollzog.

Ueberall herrschte unter den Ausgesperrten der unbeugsame Wille, den Kampf siegreich zu beenden. Die Belegschaftsversammlungen waren überfüllt, zu Worte kommen nur die Vertreter der Gewerkschaften. Die Polizei hatte nirgends Anlaß zum Eingreifen. Die Eisenbahner und andere Fachgruppen der Arbeiterschaft haben in großen Kundgebungen ihre Sympathie der kämpfenden Metallarbeiterschaft bekundet. Auch der Mittelstand bekundete den Arbeitern seine Sympathie.

Die Schlacht ist jetzt geschlagen und — trotz gewisser Opfer der Arbeiter — gegen die Unternehmer gewonnen. Die Arbeiterschaft und weite Kreise der Bevölkerung haben die politische und organisatorische Lehre aus dem Machtkampf des Arbeitgebertums gezogen und erkannt, daß die Scharfmacher nur im Vertrauen auf die Mehrheit der Naziwählerschaft, welche im Siegerland besteht, und im Vertrauen auf Unorganisierte in der Arbeiterschaft diesen Lohnraub wagen konnte. Sie werden sich organisieren und auch von den Nazis abwenden, die sich von den Ruhrherren à la Thyssen Geld geben lassen.

Die Auswirkung dieser Konsequenzen wird man abwarten können. Wir aber fühlen uns verpflichtet, in der Oeffentlichkeit nochmals festzustellen und für die Zukunft festzuhalten, daß das Vorgehen der Unternehmer im Siegener Lande eine Kulturschande war. Mögen sich diejenigen Unternehmer, die sich durch dieses Urteil mitbetroffen fühlen, bei ihren hochmögenden Kollegen an der Ruhr dafür bedanken.

Der autoritäre Herrgott

Er muß dem Herrn von Braun eine schlechte Ernte schenken

Reichsernährungsminister und Reichsfinanzminister haben eine Erklärung abgegeben, in der sie sich gegen die angeblich übertriebene Ansicht wenden, daß infolge der guten Ernte erhebliche Ueberschüsse vorhanden seien. Diese Auffassung sei nur bedingt richtig, es sei keine Ueberproduktion vorhanden, nur die Kaufkraft fehle, so daß die vorhandenen Getreidemengen keinen Absatz finden. Die Regierung werde daher weiterhin die Preise stützen und die aufgekauften Getreidemengen mindestens bis zur neuen Ernte vom Markt fernhalten; es sei denn, daß eine starke Belebung der Konsumkraft durch eine Besserung des Arbeitsmarktes eintritt.

Hört, hört! Der Reichsernährungsminister scheint jetzt auch schon eingesehen zu haben, daß die Not der Landwirtschaft von der so enorm gesunkenen Kaufkraft der Massen herrührt. Das geht klar und deutlich aus dieser Erklärung hervor, die sich gegen den Weizenverband richtet, der als ein privates Absatzkartell sich für die Uebernahme der am Ende des Wirtschaftsjahres noch vorhandenen Vorräte durch die Reichsregierung, und zwar zu festen Garantiepreisen einsetzt. Die Erkenntnis des Reichsernährungsministers ist immerhin ein Fortschritt.

Leider sind die Schlußfolgerungen, die der Reichsernährungsminister aus der frischgebackenen Erleuchtung gibt, alles andere als logisch. Er will nicht etwa die Preise senken, um den Konsum zu beleben und den Schweinemästern einen Anreiz zu geben, den eingeschränkten Schweinebestand wieder aufzufüllen, nein, er will die Preise durch Stützung hochhalten, und die aufgekauften Getreidemengen magazinieren.

Was im nächsten Erntejahr geschieht, das kümmert ihn den Teufel.

Als streng christlicher Mann hofft er wahrscheinlich auf das Einsehen des lieben Gottes, daß er eine schlechte Ernte schickt, denn sonst bleibt er auf seinen Getreidesäcken elend sitzen. Eine andere Vorsehung kann ihm nicht mehr zu Hilfe kommen, denn die Herbstsaat, die im nächsten Sommer auf den Markt kommt, ist ja bereits in der Erde. Die ganze Sinn- und Ratlosigkeit der autoritären Wirtschaftsführung enthüllt sich aus dieser Regierungserklärung.

Argumente und Phrasen

Herrn Karl Langes Weisheiten zur Wirtschaftspolitik

Zwischen Landbund und Industrie ist ein heftiger Krieg ausgebrochen, ein papierner allerdings, und das weiß die Arbeiterschaft. Es ist ja kein Zweifel, daß durch diesen Interessentenstreik nichts geändert wird an der Kampfeinstellung der vereinigten Reaktion gegen die Arbeiterschaft.

Das hat ausgerechnet Direktor Karl Lange vom Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, von dem man anderes erwarten sollte, mit einer Rede in Essen bewiesen. Er brachte zwar richtige Argumente gegen den Autarkiewahn vor. So stellte er fest, daß bei völliger Sperrung der Grenzen die Landwirtschaft vielleicht 300 000 Menschen mehr beschäftigen könnte. Aber der deutsche Export hätte im Jahre 1930/31 etwa 4 Millionen beschäftigt und annähernd 10 Millionen Deutsche ernährt. Der industrielle Sektor der deutschen Wirtschaft habe die Landwirtschaft mit Milliardenbeträgen (Osthilfe!) unterstützt, obwohl es großen Teilen der Industrie mindestens so schlecht wie der Landwirtschaft ginge.

Aber Herr Lange besann sich zur rechten Zeit darauf, daß er in Essen sprach; und der dort herrschende Genius loci (Geist des Ortes) verlangt Verbeugungen vor dem Scharfmachergeist der Ruhrherren. Also dozierte derselbe Herr Lange, der die Bedeutung der inländischen Kaufkraft so stark unterstrich: die industrielle Krise sei deshalb so schlimm, weil „durch die sozialistische Mißwirtschaft der Nachkriegsjahre den Betrieben durch unzeitgemäße Uebersteigerung der Löhne, sozialen Lasten und Steuern soviel Blut (!) entzogen wurde, daß keine genügenden Kapitalreserven für die jetzige Notzeit vorhanden sind".

Im gleichen Atemzuge pries Herr Lange die Avi-Verträge, durch die der Skandal der überhöhten Eisenpreise, des Monopols der Schlotbarone zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft sanktioniert wurde. Schließlich verzapfte Herr Lange ein wahres Papen-Latein mit der Behauptung, daß durch die Maßnahmen zur Krisenbekämpfung bisher rund 1 500 000 (anderthalb Millionen!!) vor der Arbeitslosigkeit bewahrt worden seien!

Wir gestehen — wir sind sprachlos, daß ein Mann, der sich selbst als ein Wegweiser in Fragen der Wirtschaftspolitik vorkommt, mit derartigem Geschwätz sich der Lächerlichkeit preisgibt. Wir hatten bisher Herrn Lange etwas höher eingeschätzt. Schade!

Die Umschuldung

Der preußische Landkreistag zum Gereke-Programm

Der Vorstand des preußischen Landkreistages beriet unter dem Vorsitz des Landrats Schlemminger die Frage der Arbeitsbeschaffung und der kommunalen Umschuldung. Wenn die Umschuldung eine wirkliche Erleichterung bringen soll, dürfen hierzu nicht Mittel herangezogen werden, die schon jetzt anderweitig zweckgebunden sind. Das gilt besonders bezüglich der Heranziehung der Hauszinssteuer. Das jetzige Arbeitsbeschaffungsprogramm ist lediglich eine schwache Aushilfe. Die Finanzlage der Landkreise gebietet dringend eine Ausweitung unter Vermeidung einer weiteren Verschuldung der Kommunen.

Vor London!

Das Programm der Weltkonferenz

Der Genfer Sachverständigen-Ausschuß, der für die Weltwirtschaftskonferenz in London die notwendigen Vorarbeiten zu leisten hatte, veröffentlicht jetzt seinen abschließenden Bericht.

In der Einleitung wird mit Nachdruck auf den Ernst der Weltlage hingewiesen, der durch die Arbeitslosigkeit, den Währungswirrwarr und Preissturz, Schrumpfung des Welthandels und die Anhäufung von Vorräten hervorgerufen ist. In dem Kommentar der Finanzfachleute heißt es, daß die freie Goldwährung das einzig mögliche internationale Währungssystem bleibe. Um dieses System, das zur Zeit nur noch in wenigen Staaten Geltung hat, wiederherzustellen, müsse die Regelung der Kriegsschulden, Aufhebung der Devisensperre und Wiederaufbau eines freien Kapitalverkehrs in Angriff genommen werden.

Ein wichtiges Kapitel des Berichtes befaßt sich mit der Befreiung des Welthandels aus den Fesseln der Absperrungspolitik. Das „Netz der Restriktionen" habe die Schrumpfung des Welthandels wesentlich gefördert und alle Anstrengungen müßten von den Regierungen darauf gerichtet werden, zu einem allgemeinen Abkommen über die Beseitigung der Handelshemmnisse zu kommen.

Teillösungen würden, so wird am Schluß des Programmes betont, zu nichts führen. Notwendig sei ein großzügiges Wiederaufbauprogramm, für dessen Ausführung keine Zeit zu verlieren sei, um die ersten schwachen Kräfte der Wirtschaftsbelebung zu stärken.

Eine Reichsbürgschaft für Düngemittelkredite wurde auch in diesem Erntejahr durch Notverordnung übernommen. Bemerkenswert ist, daß die Stickstoff- und Kaliherren für sich durchgesetzt haben, daß vor dem 1. März 1933 fällig gewordene frühere Kredite von dem neuen Vollstreckungsschutz, der Vollstreckung aus dem Pfandrecht auf die Früchte ausschließt, ausgenommen wurden.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Sonnabend, den 21. Januar
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Rigoletto
Staatliches Schauspielhaus
19 Uhr — Zum 1. Male:
Faust II. Teil

Winter-Garten
8 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erl.
Gaston Palmer
20 Wienerinnen konzertieren
Fuss-Heuser-Weiser
Winclairs - Walkmirs
usw.
Sonnabend und Sonntag nachm. 4 Uhr zu kleinen Preis.

Städt. Oper
Charlottenburg
Fraunhofer 0231
Sonnabend, 21. Jan.
20 Uhr
Turnus II
Martha
Pfahl, Zador, Ludwig, Baumann, Pechner.
Dirigent: Ludwig

Theater im Admiralspalast
8¼
Richard Tauber - Jarmila Novotná
Frühlingsstürme
Musik von Jaromir Weinberger
Oskar Homolka - Siegfried Arno

CASINO-THEATER
8 Uhr. Lothringer Straße 37 8 Uhr.
Varieté, bunte Bühne, Kabarett
Nur noch bis 2. Februar
Onkel Muz, der Ehestifter
Freitag, 3. Februar: Premiere
„Der Fürst von Pappenheim"
Gutschein 1—4 Personen: Parkett nur 0,60, Fauteuil 0,75, Sessel 1,25
Sonntag 4 Uhr: Onkel Muz. Kl. Preise.

B. B. B.
Bendows Bunte Bühne
Kottbusser Straße 6
Oberbaum 3566
Täglich 8½ Uhr
Sgs. nachm. 4 U
Ne dolle Kiste

Schiller
Bismarckstr. (Knie)
Steinpl. (C1) 6715
Täglich 8¼ Uhr
Der Kolle-Schlager
Die Männer sind mal so
Sünland, Heidemann
Sonntag 4 Uhr
Robert und Bertram

Deutsches Theater
Schumannstr. 13 a
Weidend. 5201
Täglich 8 Uhr
Inszenierung Max Reinhardt
Prinz von Homburg
von H. v. Kleist
Thimig, Fehdmer, Fröhlich, Kayßler, Wegener, Schünzel

Kurfürstend.-Th.
Kurfürstendamm 209
Tel. Bism. 1400
Täglich 8¼ Uhr
Glückliche Reise
Operette von Künneke
in der Premierenbesetzung

Theater
Berliner Theater
Charlottenstr. 90 Dönhoff 625
Täglich 8¼ Uhr
Auslandsreise
mit Felix Bressart
Maria Paudler
Oscar Sabo, Löns,
Behal, Berghof, Witt

Haus Vaterland
Im Palmensaal 5 Uhr Tanz-Tee
Auf d. Rheinterrasse Familien-Kaffee mit Künstlerkonzert
Betrieb Kempinski

SCALA
Tägl. 5 u. 8¼ Uhr
MAURICE COLLEANO
PAUL GRAETZ
Robins / Carey
Moeser José
Frakson, Whirlwinds usw.

Komödienhaus
Schiffbauerdamm 25
Tel. D 2 Weid. 6304-05
Heute
letzte Vorstellung
8¼ Uhr
Das Haus dazwischen
mit Max Adalbert
Jakob Tiedtke
Musik: Spoliansky

VOLKSBÜHNE
Theater am Bülowplatz
Täglich 8 Uhr D 1 Norden 6556
Letzte 2 Aufführungen:
Oliver Cromwells Sendung
v. Walter Gilbricht. Regie Heinz Hilpert
mit Eugen Klöpfer

Großes Schauspielhaus 8 U.
Ball im Savoy
Gitta Alpar
Rosy Barsony / Oskar Denes
Regie: Alfred Rotter
Sonntag nachm. 3½ Uhr kleine Preise

Th. d. Schauspieler
Theater am Schiffbauerdamm
Weidendamm 5300
Täglich 8¼ Uhr
Automatenbüfett
Sonnabend 4 Uhr
Kai aus der Kiste
Sonntag 3¼ Uhr
Hänsel und Gretel
5¼ Uhr
Kampf der Tertia

PLAZA
Käthe Schles. Bhf.
t. 8¹⁵, Stgs. 2, 5, 8¹⁵ h.
E 7 Weichsel 4031
KATJA
Die Tänzerin

Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 132
Tel. Weichsel E 7 3422
8.15 Uhr
Die Zirkusprinzessin

Stettiner Sänger
Reichshallen-Th., Dönhoffpl.
8.15, Sonntags 3.30
zu ermäßigten Preisen
Das große Januarprogramm:
Die lieben Erben

NEUE WELT
Arnold Scholz - U-Bahn Hermannpl. - Hasenheide 108/14
Gr. Bockbierfest
und
Großer Alpenball
6 Kapellen Bayr. Bedienung
Einlaß: Wochentags 7 Uhr, Sonntags 3 Uhr

Nazilüge entlarvt

Sich selbst angeschossen

Durch die Ermittlungsarbeit der Politischen Polizei des Polizeipräsidiums ist abermals eine nationalsozialistische Lüge entlarvt worden.

In den Nachtstunden vom 11. zum 12. Januar wurde in Britz der Nazistudent Werner Grischow mit einem schweren Oberschenkelschuß aufgefunden. Der Verletzte wurde durch Parteiangehörige in das Virchow-Krankenhaus gebracht. Erst einen Tag später machte ein „Pg." des angeblich von Kommunisten angefallenen und niedergeschossenen Nazistudenten der Polizei von dem Vorfall Mitteilung. Die Politische Polizei befaßte sich sofort mit der Angelegenheit und besah sich den Nazijünger im Krankenhaus näher. Der Verlauf des Schußkanals ließ von vornherein Zweifel an der Richtigkeit der Aussagen des angeblich Niedergeschossenen auftauchen. Trotz verschiedener anderer Widersprüche blieb der Nazistudent dabei, daß Kommunisten ihn aus dem Hinterhalt über den Haufen geschossen hätten.

Die Folge der nationalsozialistischen Hetze, die auf den angeblichen Feuerüberfall auf einen ihrer Leute einsetzte, war die Demolierung eines kommunistischen Lokals in Britz. In zwei aufeinander folgenden Nächten, am 13. und 14. Januar wurden auf dieses Lokal etwa ein Dutzend Pistolenschüsse abgegeben. Von einem Polizeiposten war weit und breit in beiden Nächten nichts zu sehen und so konnten die Täter entkommen.

Jetzt hat sich herausgestellt, daß der kommunistische Ueberfall einzig und allein in der Phantasie des Nazistudenten bestanden hat. Der Bursche hatte auf dem Heimweg nach der elterlichen Wohnung in der Bürgerstr. 19 in Britz mit einer Pistole hantiert. Dabei war ein Schuß losgegangen und die Kugel war ihm in den Oberschenkel gedrungen.

Ein Begleiter des Nazistudenten, der den Unfall miterlebt hatte, nahm den Mantel des Grischow, der den Einschuß mit dem charakteristischen Nahschußbrandmal aufwies, und die Pistole an sich und beseitigte beides. Kriminalkommissar Dr. Braschwitz nahm den Nazistudenten nochmals in ein scharfes Verhör und, in die Enge getrieben, gab Grischow schließlich zu, sich selbst angeschossen zu haben.

Das Märchen hätte er erfunden, um seinem Vater, einem Justizbeamten, keine Ungelegenheiten zu bereiten.

Agrarierkrach beigelegt

Briefwechsel zwischen dem Landbund und dem Reichspräsidenten

Der Reichslandbund veröffentlicht nunmehr das Schreiben, das das Präsidium des Reichslandbundes unter dem 12. d. M. zusammen mit der Gegenerklärung des Reichslandbundes als Erwiderung auf die bekannte amtliche Mitteilung der Reichsregierung vom 11. d. M. an den Reichspräsidenten gesandt hat. In diesem Begleitschreiben erklärt das Präsidium des Reichslandbundes:

Wenn die Vertreter des Bundesvorstandes nicht auf die zuvor gefaßte und veröffentlichte Entschließung ausdrücklich hingewiesen, sondern sich auf die Wiedergabe der darin zum Ausdruck gebrachten Gesamteinstellung beschränkt haben, so geschah dies ohne jede Nebenabsicht. Der von der Reichsregierung dem Bundesvorstand gemachte Vorwurf der Demagogie und Illoyalität muß als unbegründet zurückgewiesen und der von der Reichsregierung beschlossene Abbruch der Beziehungen als durch den tatsächlichen Hergang nicht begründet empfunden werden.

Im Auftrage des Reichspräsidenten antwortete Staatssekretär Meißner unter dem 17. Januar, daß der Reichspräsident von dem Schreiben sowie von der beigefügten Erklärung zu der amtlichen Mitteilung der Reichsregierung über den Abbruch der Beziehungen, die dem Reichspräsidenten vor der Veröffentlichung vorgelegen habe, Kenntnis genommen und beides dem Reichskanzler zur Erledigung weitergeleitet habe. Der Reichspräsident wiederholt bei diesem Anlaß seine dem Bundesvorstand mündlich gegebene Erklärung, daß er nach wie vor den festen Willen hat, der schweren Notlage der Landwirtschaft, ebenso wie der anderer notleidender Berufsstände, im Rahmen des Möglichen abzuhelfen; der Herr Reichskanzler hofft, daß die von ihm vollzogene, die Verlängerung und Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes enthaltende Verordnung zur Beruhigung der Landwirtschaft beitragen wird.

Osthilfenverwaltung

Vergebliche Warnungen

Genosse Grzesinski schreibt uns:

Bei den Beratungen im Haushaltausschuß des Reichstags über die Osthilfe wurde von unseren Rednern mit Recht auch auf den erheblichen Verwaltungsapparat hingewiesen, der Unsummen verschlingt, dabei aber nur zur Erschwerung der erforderlichen Arbeiten beiträgt. Der Herr Reichslandwirtschaftsminister glaubte diese Einwendungen damit abtun zu können, indem er darauf hinwies, daß zwei Drittel der Umschuldungsarbeiten bereits geleistet seien und infolgedessen ein Abbau des Behördenapparats jetzt oder gar eine Umänderung der behördlichen Organisation nicht zweckdienlich sei. Ich darf daran erinnern, daß ich im sozialdemokratischen Diskussionsorgan „Das Freie Wort" in Nr. 38 vom 21. September 1930 in einem Artikel unter der Ueberschrift „Verwaltungsunfug im Reich" u. a. auch auf die Unzweckmäßigkeit und das Unnötige der Schaffung neuer Osthilfebehörden des Reiches hingewiesen habe. Ich schrieb damals:

> „Während ich dies schreibe, veröffentlicht der „Reichsanzeiger" die Ausführungsbestimmungen zum Osthilfegesetz und macht auch Mitteilung davon, daß zur Durchführung der Umschuldung und des Vollstreckungsschutzes fünf Landstellen in Königsberg, Köslin, Schneidemühl, Breslau und Oppeln errichtet werden sollen. Also wieder neue Reichsbehörden! Denn der Leiter der Landstelle, der Kommissar — er kostet im Range eines Ministerialdirigenten, mit Gehalt, Zuschlägen, Wohnungsgeld und Zuschuß für doppelten Haushalt etwa 22 000 M. im Jahre — braucht Sachbearbeiter und Hilfskräfte, Büroräume und Einrichtungen auf vier bis fünf Jahre! Und dann wird nach Gründen und Arbeit für den Weiterbestand der Stellen gesucht. Dabei könnten auch hier die an den bestimmten Orten vorhandenen preußischen Regierungsstellen bequem eingeschaltet und der vorhandene Verwaltungsapparat kostenlos benutzt werden, wie das für Oppeln wohl auch in Aussicht genommen ist.... Das Argument, daß es sich um die Verwaltung und Verteilung von Reichsgeldern handelt, kann doch nicht ernst genommen werden, denn damit könnte man ja alles mögliche begründen.
>
> **Vielleicht glaubt die Regierung Brüning mit den selbständigen Reichslandstellen den großagrarischen, besitzerhaltenden Zweck des Osthilfegesetzes besser erreichen zu können, als wenn die objektiv eingestellten, Land und Leute sehr genau kennenden preußischen Verwaltungsbehörden die Durchführung in der Hand haben ..."**

Inzwischen hat sich die Richtigkeit meiner Annahme leider zu sehr bestätigt. Dabei möchte ich keineswegs behaupten, daß Herr Reichskanzler Brüning die unterstellten und heute Wirklichkeit gewordenen Absichten gehabt hat: Lediglich die Sucht einer Reichsbürokratie nach neuen Stellen und die Abneigung des ostelbischen Junkertums gegen die preußische, damals republikanisch und bauern- und siedlungsfreundlich eingestellte Verwaltung hat die neuen unerhört teuer, langsam und ohne genügendes objektives Unterlagenmaterial arbeitenden Reichsverwaltungsstellen erzwungen.

„Das Liebesverbot"

Erstaufführung in der Linden-Oper

Es ist, als hätte die Staatsoper, als hätte Tietjen praktisch kommentieren und unter Beweis stellen wollen, was hier vor wenigen Tagen über beide gesagt werden mußte: so blamabel verlief diese Aufführung, die ein Akt der Pietät gegen Wagner sein sollte — und ein Akt der Pietätlosigkeit wurde.

A. W.

Schuld der Volksbühne?

Tatsachen gegen unbegründete Vorwürfe

Ueber das künftige Schicksal des Deutschen Theaters schweben noch immer Verhandlungen zwischen Max Reinhardt und dem Konsortium Reft-Achaz. Einige Blätter wußten nun gestern abend zu melden, daß ein Erfolg dieser Verhandlungen im letzten Augenblick durch das Verhalten der Volksbühne in Frage gestellt sei.

Bekanntlich war Heinrich Reft lange Jahre hindurch Geschäftsführer der Volksbühne. Bei dieser hatte er sich in günstigen Tagen einen Vertrag erwirkt, der ihm für den Fall seines Ausscheidens bis zum Lebensende eine ungewöhnlich hohe Pension sichert, eine Pension, die etwa der eines Ministers gleichkommt. Dafür enthält der Pensionsvertrag eine Klausel, die es Reft untersagt, ohne Genehmigung des Vorstandes der Volksbühne sich an einem anderen Berliner Theater zu beteiligen. Es ist ja auch ganz selbstverständlich, daß die Volksbühne nicht zusehen kann, daß eine Persönlichkeit von ihr monatlich mehr als 1000 M. Pension bezieht und ihr dann noch als Leiter eines anderen Berliner Theaters Konkurrenz macht.

Als nun die Frage des Deutschen Theaters akut wurde, trat Reft an die Volksbühne mit dem Antrag heran, man möchte ihm die Uebernahme der Direktion des Deutschen Theaters gestatten. Binnen dreier Tage erklärte sich der Vorstand der Volksbühne bereit, diese Erlaubnis zu geben, wenn Reft für die Dauer seiner Tätigkeit am Deutschen Theater auf die Pension verzichten, für die weiteren Jahre auf eine geringfügige Kürzung (genau ein Fünftel) eingehen und außerdem die Verpflichtung übernehmen würde, als Leiter des Deutschen Theaters nicht die Mitgliederbeiträge der Volksbühne zu unterbieten.

Herr Reft brauchte drei Tage, um sich grundsätzlich zu entscheiden und trat nach fünf Tagen an die Volksbühne mit der Bitte heran, man möge ihm nunmehr den Entwurf des neuen Vertrages vorlegen. Der Vertreter der Volksbühne, mit dem er Rücksprache nahm, sicherte das noch für den gleichen Tag zu, sah sich aber dann veranlaßt, Reft anzurufen und ihm mitzuteilen, daß er sich noch einen — wohlverstanden — einen ganzen Tag gedulden müsse, da die Formulierung des neuen Vertrages doch nicht so ganz einfach sei. Inzwischen ist Herr Reft genau zu dem telephonisch mitgeteilten Zeitpunkt in den Besitz des Vertragsentwurfes gelangt.

Wie man da von einer „Verschleppungspolitik" der Volksbühne sprechen und ihr den Vorwurf machen kann, sie suche den Abschluß Reft-Achaz-Reinhardt hinauszuzögern, ist unerfindlich. Es scheint, daß wieder gewisse Kreise am Werke sind, die um jeden Preis der Volksbühne etwas am Zeuge flicken wollen. Die Volksbühne hat sich im vorliegenden Falle wohl wirklich so loyal verhalten, wie man das nur irgend **erwarten kann.**

Wer kriegte Osthilfe?

Lohengrin Edler v. Braun: „Nie sollst du mich befragen, noch Wissens Sorge tragen!"

Krach im Hitler-Lager

Stegmanns „Freikorps Franken" verläßt mit ihm die NSDAP.

Eigener Bericht des „Vorwärts"

München, 20. Januar.

Der schwere Konflikt zwischen der fränkischen SA. und Hitler ist in ein neues Stadium getreten. Der abgesetzte Gruppenführer von Franken, Reichstagsabgeordneter Stegmann, hat seine am letzten Sonntag Hitler persönlich abgegebene Unterwerfungserklärung zurückgezogen und ist mit dem unter seiner Führung gebildeten „Freikorps Franken" aus der Nazipartei ausgetreten. Diesem Beispiel der SA. ist bereits eine große Anzahl der zivilen Ortsgruppen gefolgt, andere haben die Weiterzahlung der Beiträge gesperrt, so daß durch diese Massenaktion die ganze Hitlerei Frankens in voller Auflösung begriffen ist.

Den unmittelbaren Anlaß zu diesem vollkommenen Bruch bildet das Vorgehen der von Hitler als Gauleitung in Nürnberg gehaltenen Streicher-Clique, die trotz der persönlichen Unterwerfungserklärung Stegmanns die ihm treu gebliebene SA. durch Parteibefehl aus der Bewegung ausschloß. Telegraphische Verhandlungen mit Hitler blieben ergebnislos. Selbst die Zusage, daß der Osaf am kommenden Sonntag zu Verhandlungen nach Nürnberg kommen werde, vermochte die maßlose Erbitterung der Prätorianergarde nicht mehr zu dämpfen. Der Beschluß zum letzten Kampfmittel „gegen das gewinnsüchtige Bonzentum der mittelfränkischen Gauleitung" wurde in einer Sitzung sämtlicher Unterführer der fränkischen SA. gefaßt, nachdem Hitler die telegraphische Aufforderung, das Unrecht an Stegmann wieder gutzumachen, brüsk abgelehnt hatte. Die Solidarität der SA., die angeblich von der SS. Frankens mit wohlwollender Anteilnahme verfolgt wird, bewog schließlich Stegmann doch, offen als Rebell gegen die Partei an die Spitze des „Freikorps Franken" zu treten, das finanziell von zahlreichen Ortsgruppen gestützt wird.

Veränderungen in Anhalt

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Dessau, 20. Januar.

Die Zersetzung der Nationalsozialistischen Partei und ihre finanziellen Schwierigkeiten, die aus allen Teilen des Reiches gemeldet werden, zeigen sich jetzt auch in Anhalt.

Kürzlich wurde der Gauleiter für Magdeburg-Anhalt, der Dessauer Bürgermeister Hofmann, plötzlich abgesetzt und durch den früheren Gauleiter Reichstagsabgeordneten Löper abgelöst. Dieser Personalwechsel hat jetzt zu neuen heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP. geführt, die nach berühmtem Muster durch Tätlichkeiten ausgetragen werden.

In Dessau haben die Nazis vor nicht allzu langer Zeit ein Hitler-Haus auf dem Grundstück eines früheren Gasthofes eingeweiht, dessen Räume sie restlos für ihre Partei gemietet hatten. Diese Lokalitäten mußten sie infolge großer Mietrückstände wieder räumen. Gleichzeitig haben sie ein Büro für den Gruppenführer Mitte aufgegeben, so daß auch nach außen hin die Verkleinerung der Partei und ihrer Einrichtungen erkennbar wird.

SA.-Meuterei in Stuttgart

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Stuttgart, 20. Januar.

Ueber die bei den Stuttgarter Nationalsozialisten bestehenden Verhältnisse macht die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht" Mitteilungen, die auf den baldigen Ausbruch eines ähnlichen Skandals schließen lassen, wie er in Nürnberg zutage trat.

Zwischen dem in der Goethestraße gelegenen Haus und dem SA.-Heim in der Urbanstraße besteht ein scharf zugespitztes gegensätzliches Verhältnis, aus dem heraus schon wiederholt Meutereien und Schlägereien in den Sturmlokalen entstanden sind. Die Herren vom Braunen Haus schikanieren die SA.-Leute und bedienen sich besonders des im SA.-Heime tätigen Kochs. Dadurch ist bei den SA.-Leuten ein Haß gegen das Braune Haus entstanden, der sich schon in Drohungen entladen hat wie: „Wenn es einmal losgeht, dann kommen zuerst die Herren vom Braunen Haus dran!" Die SA.-Leute beschweren sich auch darüber, daß Gelder, die für das Heim und für die Arbeitslosen gesammelt wurden, diesen Zwecken nicht zugeführt worden sind.

Hinzu kommen Beschwerden über die Verhältnisse im Heim selbst. Nicht nur, daß auch hier der Homosexualismus sich in widerwärtiger Weise breit macht, sonder vor allem müssen die Arbeitslosen im SA.-Heim geradezu Hunger leiden.

Hat doch die Geldklemme schon einmal dazu geführt, daß dem Braunen Haus wegen Nichtbezahlung der Elektrizitätsrechnung das Licht gesperrt worden ist. Infolge dieser Elendsverhältnisse ist der Kameradendiebstahl keine Seltenheit.

Das schlimmste aber sollen die Zustände in der Küche sein, aus der die wertvollsten Spenden „ins Unbekannte" verschwinden. Dabei kauft die Küche nicht etwa bei den Spendern aus den Kreisen des Einzelhandels ein, sondern in den „jüdischen Warenhäusern", berechnet aber werden die höheren Preise des Einzelhandels.

Rückkehr zur Vernunft?

Zur Neuordnung der Arbeitslosenhilfe

Die Frage der Vereinheitlichung der Arbeitslosenhilfe beschäftigt zur Zeit das Reichskabinett. Lange Zeit sah es ganz so aus, als ob diese „Vereinheitlichung" nur in einer restlosen Zerstörung der Arbeitslosenversicherung bestehen werde. Die Arbeitslosenversicherung war nur noch eine Fiktion. Man ließ diese Fiktion bestehen, weil man die Beiträge zur Versicherung gerne einkassierte. Aus den Beiträgen war allmählich eine kräftig und stetig fließende schöne Steuerquelle geworden. Für alles mögliche wurden die aus den Beiträgen stammenden Mittel verwendet, am allerwenigsten aber für die, die die Beiträge zahlten. Tausendmal haben die Gewerkschaften auf diesen unerträglichen Zustand aufmerksam gemacht. Nach der Haltung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags darf man jetzt wohl von den verantwortlichen Stellen eine Rückkehr zur Vernunft erwarten.

Die Hilfsbedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenhilfe ist im Ausschuß auf Forderung der Sozialdemokraten hin verworfen worden. Das Gutachten der Reichsanstalt hat ihr den Todesstoß gegeben.

Die Reformpläne der Regierung liegen allem Anschein nach in der durch die Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses vorgezeichneten Linie. Die Beseitigung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung bedeutet praktisch die Wiederherstellung des Versicherungscharakters der Arbeitslosenversicherung in einem gewissen Umfang. Die Pläne des Reichsarbeitsministers gehen bekanntlich dahin, die Dauer der versicherungsmäßigen Unterstützung um sechs auf zwölf Wochen zu verlängern. Nach diesen zwölf Wochen würde dann nur noch eine Bedürftigkeitsprüfung und zwar etwa im Sinne der früheren Krisenfürsorge einsetzen. Da die Leistungen in Versicherung und Krisenfürsorge längst einander angepaßt wurden, würde diese Neuregelung praktisch auf eine Zusammenlegung von Krisenfürsorge und Arbeitslosenversicherung hinauslaufen. Diese Verbesserung genügt nicht. Die finanzielle Lage der Arbeitslosenversicherung gestattet sehr wohl eine Ausdehnung der versicherungsmäßigen Unterstützung auf 20 Wochen. Auch müssen die Unterstützungssätze der Versicherung verbessert werden und ebenso muß aus der Versicherung jede Bedürftigkeitsprüfung verschwinden.

Mit der Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung wäre auch das Wohlfahrtserwerbslosenproblem noch nicht gelöst. Die Gemeinden sind ja nur allmählich von ihren wilden Plänen, wonach die gesamte Arbeitslosenbetreuung den Kommunalverwaltungen ausgeliefert werden sollte, abgekommen. Auch bei ihnen sind schwache Ansätze zu einer Rückkehr zur Vernunft zu beobachten.

Die Gewerkschaften fordern die Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge neben der Wiederherstellung einer wirklichen Arbeitslosenversicherung. Für diese Reichsarbeitslosenfürsorge darf es aber nur noch eine Bedürftigkeitsprüfung geben. Die Unterstützungssätze müssen einheitlich sein. Der Vorschlag der Gewerkschaften würde im übrigen auch ein Stück Verwaltungsreform bringen. Im Reichsarbeitsministerium scheint man davon aber nichts zu wissen.

Jedenfalls wird es nun Zeit, daß die Regierung mit ihren Reformplänen herausrückt. In der Arbeitslosenbetreuung müssen endlich klare und erträgliche Verhältnisse geschaffen werden.

Falsche Sparsamkeit

Abbau des Feuerschutzes

Eine Betriebsversammlung der Berliner Feuerwehr befaßte sich mit dem Vorschlag einer Kommission der Hauptprüfungsstelle des Berliner Magistrats, nach dem Einsparungen im Etat der Feuerwehr gemacht werden sollen. 100 Oberfeuerwehrmannstellen sollen wegfallen und 300 Beamtenstellen in Arbeitsplätze umgewandelt werden. Die Hauptprüfungsstelle folgt in bezug auf die Oberfeuerwehrmannstellen dem Vorschlag der Kommission, schlägt aber andererseits vor, statt der planmäßigen Beamtenstellen 200 außerplanmäßige Stellen für Feuerwehrmänner zu schaffen.

Der Vorsitzende des Beamtenausschusses, Genosse Hermann Heyn, vom Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner im Gesamtverband, wandte sich ganz entschieden gegen diese Maßnahme. Der Personalbestand der Berliner Feuerwehr ist ohnehin viel zu gering.

Die Verwirklichung des Vorschlags würde bedeuten, daß die neueintretenden Anwärter nur nach ¾ des Anfangsgehalts erhalten. Das Anfangsgehalt der Berliner Feuerwehrmänner ist bereits durch den Beschluß des Oberpräsidenten vom Frühjahr 1931 herabgesetzt. Eine nochmalige Kürzung um ¼ müßte zu katastrophaler Gesundheitsschädigung führen. Nach der Denkschrift von Prof. Dr. Atzler „Die Dienstzeit der Berufsfeuerwehrleute in Deutschland" ist die Zahl der Alarme in Berlin doppelt so hoch wie im Durchschnitt der übrigen Städte des Reiches. Versorgungsanwärter, die in den Feuerwehrdienst eintreten, erhalten bereits bisher 23 Mark weniger, als sie vor ihrem Ausscheiden aus dem Heeresdienst hatten. An das Feuerwehrpersonal werden so erhebliche Anforderungen gestellt, daß bei weiterer Kürzung des Anfangseinkommens bereits in den ersten Dienstjahren der Keim zu vorzeitigem Siechtum gelegt werde. Die Erhöhung des Krankenstandes und die Unmöglichkeit der Verminderung der Besetzung der Fahrzeuge müßte wieder zu einer Erhöhung des Personalbestandes führen. Daraus würde sich eine weitere Belastung der städtischen Finanzen ergeben.

Eine Arbeitnehmergruppe, die jeden Tag bereit ist, Gesundheit und Leben in den Dienst der Bevölkerung Berlins zu stellen, verdient eine andere Behandlung. Die Vorschläge sind aufgestellt ohne Berücksichtigung der Anforderungen, die an die Anwärter im Feuerwehrdienst gestellt werden müssen. Es muß erwartet werden, daß der Magistrat der Stadt Berlin das Versäumte nachholt und die Vorschläge der Hauptprüfungsstelle so behandelt, wie es der Feuerschutz der Reichshauptstadt erfordert.

Kommissarpolitik

Lohnabbau in Preußen

Im Lohnstreit mit der preußischen Staatsforstverwaltung über den Neuabschluß des Lohntarifvertrages für die Forstarbeiter hat der vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Sonderschlichter jetzt einen bindenden Schiedsspruch gefällt. Der Schiedsspruch senkt die Stundenlöhne der vollarbeitsfähigen Forstarbeiter über 21 Jahre ab 1. Februar in allen Ortsgruppen um 3 Pf., die Stundenlöhne der übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen im gleichen prozentualen Verhältnis. Die bisher geltende Akkordgrundlage bleibt unverändert, so daß die Akkordlöhne nicht reduziert werden. Das Lohnabkommen kann erstmalig zum 30. Juni gekündigt werden.

Wenn der Schiedsspruch auch einen Strich durch die Rechnung der Kommissare in Preußen macht, die anfänglich einen Lohnabbau um 12 Pf. in der Spitze und dann 6 Pf. gefordert hatten, so bleibt er doch immerhin unverständlich. Es ist noch nicht lange her, als der „soziale General" von Schleicher in seiner bekannten Rundfunkrede von der wirtschaftlichen Unzweckmäßigkeit und sozialen Ungerechtigkeit jedes weiteren Lohnabbaues sprach. Wie lange dürfen noch die amtlichen Schlichtungsinstanzen entgegen dieser Auffassung des Herrn von Schleicher handeln?

Erster Erfolg

Vom AfA-Bund wird uns geschrieben: Nach der unerträglichen Verlängerung der Wartezeiten durch die 4. Notverordnung hatte die 5. Notverordnung u. a. die Bestimmung geschaffen, daß die Leistungen der Invalidenversicherung an Wanderversicherte erst zu gewähren seien, wenn die Leistungsvoraussetzungen der Invalidenversicherung erfüllt sind. Der Text der Notverordnung war so gefaßt, daß eine findige Auslegung zu den Leistungsvoraussetzungen auch die Wartezeit der Invalidenversicherung rechnen konnte. Wir hatten auf diese Möglichkeit sofort hingewiesen. Die Praxis hat unsere Befürchtungen bestätigt. Wir haben in der Folge unermüdlich auf Abänderung der Bestimmung gedrungen. Diesen ununterbrochenen Forderungen trägt jetzt die Verordnung vom 9. Januar 1933 Rechnung. Sie bestimmt, daß zu den genannten Leistungsvoraussetzungen nicht die Erfüllung der Wartezeit in der Invalidenversicherung gehört. Dieser Anfangserfolg wird für den AfA-Bund ein Ansporn sein, um den Kampf um den organischen Neuaufbau der durch die 4. und 5. Notverordnung zerschlagenen Wanderversicherung mit verstärkten Kräften fortzuführen.

AEG.-Betriebsratswahl

In der Brunnenstraße

Am Donnerstag wurde in der AEG. Brunnenstraße der Betriebsrat gewählt. Im großen und ganzen hat sich an der Zusammensetzung hinsichtlich der Stärke der einzelnen Richtungen nicht viel geändert. Von einem „Sieg" der Einheitsliste, über den die „Rote Fahne" in ihrer gestrigen Ausgabe berichtet, kann nicht gesprochen werden. Die RGO. hat den Arbeiterrat schon seit vier Jahren beherrscht und auch jetzt wieder die Mehrheit in ihm erzielt. Pessimisten hatten sogar erwartet, daß die RGO. ihre Position im Arbeiterrat wesentlich verbessern würde, weil durch die jahrelange Kurzarbeit die Arbeiterschaft äußerst verbittert und den radikalen Parolen zugänglicher denn je gemacht worden ist. Die durchschnittliche Kurzarbeit beträgt in diesem Betriebe drei Tage in der Woche.

Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Von den 2780 (1931 = 4347) wahlberechtigten Arbeitern stimmten 2467 (4017) ab. Es erhielten für den Arbeiterrat die freien Gewerkschaften 804 (1397) Stimmen und 5 (7) Sitze, die RGO. 1321 (1997) und 8 (10), die Nazis 188 (380) Stimmen und 1 (2) Sitze.

Von den 781 (1412) wahlberechtigten Angestellten gaben 646 (1396) ihre Stimme ab. Es erhielten die freien Gewerkschaften 320 (733) Stimmen und 5 (7) Sitze im Angestelltenrat, der Gedag 216 (481) und 4 (4), der GdA. 65 (123) Stimmen und 1 (1) Sitz. Die RGO. hatte die freigewerkschaftlichen Angestellten aufgefordert, für die Arbeiterliste der RGO. zu stimmen. Die 10 Stimmen, die von freigewerkschaftlichen Angestellten für die RGO.-Arbeiterliste abgegeben wurden, sind natürlich ungültig. Wären sie für die freigewerkschaftliche Kandidatenliste abgegeben worden, dann hätten die freien Gewerkschaften im Angestelltenrat nicht 5, sondern 6 Sitze und der Gedag nicht 4, sondern 3 Sitze. Dies ist der eigentliche „Erfolg" der RGO.

Der Betriebsrat setzt sich aus 16 (21) Personen zusammen, und zwar aus 6 (9) Freigewerkschaftlern, 7 (9) RGO.-Leuten, 2 (2) Mitgliedern des Gedag und 1 (1) Nazi. Der GdA. ist im Betriebsrat nicht vertreten.

RGO.-Betriebsrat versagt

Das Aschinger-Beispiel

Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ist die Arbeitszeit im Gastwirtsgewerbe neu geregelt. Die Direktion der Aschinger A.-G. verhandelte nun mit dem Betriebsausschuß über die Neuregelung der Arbeitszeit. Die Mehrheit des Betriebsausschusses, bestehend aus RGO.-Leuten, unter Führung ihres RGO.-Betriebsratsvorsitzenden Kroß brachte es bei den Verhandlungen nicht einmal fertig, den Arbeitsplan als einen Teil der Arbeitsordnung nach den gesetzlichen Bestimmungen aufzustellen. Kroß unterschrieb vielmehr Abmachungen, die im krassen Gegensatz zu den Bestimmungen des Tarifvertrages stehen.

Von freigewerkschaftlichen Betriebsräten darauf aufmerksam gemacht, daß die Vereinbarung, die er unterschrieben habe, den Tarifvertrag, auf den er so viel geschimpft und dessentwegen die RGO. sogar zum Streik aufgerufen hat, noch verschlechtere, erklärte Kroß, **daß er nach den dreistündigen Verhandlungen mit der Direktion derartig durcheinander war, daß er sich der Tragweite seiner Handlung nicht mehr bewußt war.** So also sieht die praktische Arbeit „revolutionärer" Betriebsräte aus!

Die freigewerkschaftlichen Betriebsräte der Aschinger A.-G. haben im Betriebsrat den Antrag auf Auflösung des Betriebsrats gestellt, weil für die Arbeitnehmerschaft bei Aschinger eine solche Interessenvertretung einfach nicht mehr tragbar ist. Die SPD.-Fraktion des Aschinger-Konzerns hat für den 24. Januar 1933, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verbandes, Neue Schönhauser Straße 4/5, eine Sitzung einberufen, in der auch zu dieser Angelegenheit Stellung genommen wird. Es ist unbedingte Pflicht jeder Genossin und jedes Genossen, zu dieser Sitzung zu erscheinen.

„Geplante Arbeitsstockung"

Der Handelsdienst des WTB. meldet aus Essen, daß infolge der Beendigung des Lohnkonflikts im Siegerland die „geplanten Arbeitsstockungen" bei den Lieferwerken „nur vorübergehender Natur" sein werden. Die deutsche Sprache ist doch sehr elastisch. „Geplante Arbeitsstockung" ist die Uebersetzung ins Schwerindustrielle für „angekündigte Sympathieaussperrung".

Abgerutscht. Bei den Wahlen für die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Schuhmacher in Kornwestheim, dem Sitz der Salamanderschuhfabriken in Württemberg, haben die Kommunisten eine vernichtende Niederlage erlitten. Trotz eines ungeheuren Aufwands an Flugschriften, trotz einer riesigen Versammlungsarbeit — bei einer Reichstagswahl hätte sie kaum größer sein können — brachte es die kommunistische Vorschlagsliste nur auf 56 Stimmen gegen 668, die auf die Verbandsvorschlagsliste entfielen.

Hierzu 1 Beilage.

Schultheiss-Patzenhofer
Brauerei-Aktiengesellschaft.
Bilanz am 31. August 1932.

Aktiva	RM	Pf
Anlagevermögen	66 526 901	98
Beteiligungen einschl. der zur Beteiligung bestimmten Wertpapiere	23 192 868	72
Umlaufvermögen	44 319 214	90
Avale .... RM 13 056 193.18		
	134 038 985	60

Passiva	RM	Pf
Grundkapital*)		
Stammaktien	41 400 000	—
Vorzugsaktien	15 000 000	—
Gesetzlicher Reservefonds	5 640 000	—
Rückstellung für Verluste	1 320 000	—
Teilschuldverschreibungen	27 874	11
Auf Grundstücken der Gesellschaft lastende Hypotheken	1 823 022	97
Nicht abgehobene Dividende	8 307	15
Guthaben der Kunden und Angestellten	19 460 507	59
Kautionen	855 680	38
Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	2 140 225	96
Noch nicht fällige Steuern	4 975 776	18
Verbindlichkeiten gegenüber abhängigen Gesellschaften und Konzerngesellschaften	3 289 797	16
Feste Darlehensschuld	10 241 500	—
Reorganisationsschuld	16 400 000	—
Verbindlichkeiten gegenüber Banken (Konto-Korrent-Verkehr)	6 055 001	85
Wohlfahrtsfonds und -kassen	29 877	51
Richard-Roesicke-Beamten-Pensionskasse	2 007 494	64
Walter-Sobernheim-Stiftung	131 415	58
Vortrag aus 1930/32	42 915	24
Reingewinn aus 1931/32	3 259 604	33
Avale .... RM 13 056 193.18		
	134 038 985	60

*) Daneben bestehen RM 8 000 000.— Genußscheine.

Gewinn- und Verlustrechnung
am 31. August 1932.

Aufwendungen	RM	Pf
Löhne und Gehälter	17 436 631	39
Soziale Abgaben	1 302 823	57
Bier- und andere Steuern	34 336 327	69
Aufwendungen mit Ausnahme der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren	8 646 239	57
Zinsen, soweit sie die Ertragszinsen übersteigen	3 153 189	32
Abschreibungen	3 411 583	91
Rücklage auf Darlehen	1 5 0 000	—
Reingewinn	3 302 519	57
	73 079 113	32

Erträge	RM	Pf
Vortrag aus 1930/31	42 915	24
Ertrag nach Abzug der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren	71 233 474	09
Erträge aus Beteiligungen und außerordentliche Erträgnisse	1 802 723	99
	73 079 113	32

Die Auszahlung der Dividende von 4 % auf das Aktienkapital von RM 41 400 000.— Stammaktien erfolgt gegen Rückgabe des

Gewinnanteilscheines Nr. 1

bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin, Mauerstraße 29—32, und deren Niederlassungen in Breslau, Dessau, Hamburg und München,
„ der Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin, Französische Straße 42—44,
„ der Commerz- und Privat-Bank, Aktien-Gesellschaft, Berlin, Charlottenstraße 47, und deren Niederlassungen in Breslau, Dessau, Hamburg und München,
„ der Dresdner Bank, Berlin, Behrenstr. 35—39, und deren Niederlassungen in Breslau, Hamburg und München,
„ dem Bankhaus Jacquier & Securius, Berlin, An der Stechbahn 3/4,
„ dem Bankhaus E. J. Meyer, Berlin, Voßstraße 16.

Berlin, den 19. Januar 1933.

Der Vorstand.

KLEINE ANZEIGEN

Preise: Überschriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf. Wiederholungsrabatt: 5 mal 5 %, 8 mal 7½ %, 12 mal 10 %, oder 1000 Worte Abschluß 10 %, 2000 Worte 15 %, 000 Worte 20 %. Annahme durch den Verlag Lindenstr. 3 (½9 bis 5 Uhr), sämtliche Vorwärts-Filialen u. -Ausgabestellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkäufe

Kochherde jeder Art u. Größe Riesenauswahl Teilzahlung, transportable Kochkisten, Badewannen-Öfen, Kesselöfen. Die alte Firma Semmler und Blenberg Dresdenerstraße 99. Jannowitz F 7 6651.

Tapeten Zillat, Kaiserstraße 9

Möbel

Patentmatratzen „Primissima" Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Walter, Stargarder Straße achtzehn. Spezialgeschäft.

Bis 24 Monate Zahlungserleichterung! Schlafzimmer, Küchen, Speisezimmer, Einzelmöbel, Polstermöbel, Teppiche, Gardinen, Läuferstoffe. Schröder, Danzigerstr. 141.

Totalausverkauf wegen Geschäftsaufgabe. Großer Posten Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, fabrikneue Qualitätsware, verschiedene Größen und Holzarten, zu Schleuderpreisen. Schlafzimmer, Schwedenbirke, hochglanzpoliert 200 breit 400.—, Eiche, 180 breit, 275.—, Modernes Speisezimmer 275.—, Küchen 80.—, Ankleideschränke, Kaukasisch-Nußbaum, Innenspiegel 55.—. Gebrauchte Möbel, Schlafzimmer 120.—, Ankleideschrank 65.—, Einzelmöbel, Polsterwaren, Klubmöbel. Dielenmöbel. Möbelspeicher, Monbijouplatz 10.

Herrenzimmer 50—750, Klubgarnituren 165.—, Radiotische 15.—, Schreibschränke 45.—, Diplomaten 56.—, Schreibsessel 19.50, Polsterstühle 7.50. Möbelgroßlager Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Fehrbellinerstraße). Cassaverkauf auch Teilzahlung.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 20a (Haltestelle Köpenickerbrücke).

Karosserieklempner nur selbständige Kraft mit allseitiger Erfahrung im Blech sowie für Karosserien wird für Dauerstellung gesucht. Angebote m. Zeugnisabschriften der letzten 5 Jahre an **Gebr. Ludewig, Karosseriefabrik, Essen (Ruhr)**

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit". Bezugspreise: Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz. Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 80 Pf. Reklamezeile 1,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt: Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstr. 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor. / Verantwortlich für Politik: Rudolf Brendemühl; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Herbert Lepère; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Otto Hengst; sämtlich in Berlin. / Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.